

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkstätigen Volkes

Aboptionspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—Mt. bei Selbstdabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.—Mt. für einen Monat 6.—Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18503. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 geblattete Kolonialzeile oder deren Raum 2.50 Mt.
bei Blattvorrichtung 8.—Mt.: Familiennachrichten, die 7 geblattete Zeile 2.—Mt.
Reklame-Kolonialzeile 10.—Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Konferenz in Washington.

Neue internationale Konferenzen. — Einladung Deutschlands?

London, 26. November. Neuter berichtet aus Washington, Präsident Harding hoffe, daß aus der augenblicklichen Abstüzungskonferenz eine fortwährende Konferenz hervorgehe werde, auf der die Nationen von Zeit zu Zeit internationale Fragen erörtern. Präsident Harding habe bereits gegenüber einigen der gegenwärtigen Delegierten versichert, daß eine solche Entwicklung innerhalb der Grenzen des Möglichen liege. Als erster Schritt zur Verwirklichung des Planes des Präsidenten Harding für einen Verbund der Nationen gilt in Washington in maßgebenden amtlichen Kreisen, daß die Nationen, die auf der augenblicklichen Konferenz nicht vertreten sind, einschließlich Deutschlands, vielleicht eingeladen werden würden, die in Washington gesetzten Beschlüsse anzunehmen. Es wurde auch vorgeschlagen, daß andere Nationen, die nicht vertreten sind, gebeten werden könnten, ihre Ansichten über die Verhandlungen auszudrücken, bevor die Konferenz endgültige Beschlüsse gefaßt hätte.

London, 26. November. Der Washingtoner Berichterstatter des Daily Chronicle erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß der Gedanke einer finanziellen und wirtschaftlichen Konferenz, die wahrscheinlich in London oder Paris im nächsten Jahre stattfinden sollte, Boden gewinne. Wenn eine solche Konferenz veranstaltet werde und die deutschen Reparationssummen, die in der Zwischenzeit fällig würden, gezahlt seien, so bestrebe die Möglichkeit, daß Deutschland eingeladen werde, zu dieser Konferenz Vertreter zu entsenden.

Herabsetzung der Schuldsumme der Alliierten?

Paris, 26. November. New York Herald meint, daß die vereinigten Staaten, falls die Konferenz einen erfolglosen Abschluß finde, geneigt seien, eine zweite Konferenz einzuberufen, auf der sie eine Herabsetzung der alliierten Schulden um 50 Prozent vorschlagen würden. Voraussetzung sei, daß England sein Guthaben in gleicher Weise herabsetze. Harding hoffe, daß auch der neue Vorschlag Erfolg habe.

Viviani gegen die Zugleichung Deutschlands.

Paris, 27. November. Der Führer der französischen Delegation in Washington erklärte einem Vertreter der Associated-Press, der Plan des Präsidenten Harding, wenn möglich, neue internationale Konferenzen zusammenzubringen, um die großen Weltprobleme zu lösen, stände seine vollkommene Billigung. Er sei überzeugt, daß die europäischen Völker nicht glaubten, daß der Gedanke des Präsidenten in die Rechte des Völkerbundes eingreifen könnte. Es sei bedauerlich, wenn Amerika, da es den Völkerbund nicht anerkenne, sich isoliert fühlen würde. Über die Möglichkeit der Teilnahme Deutschlands an diesen Konferenzen sprach sich Viviani wie folgt aus: „Ich kann mich nur auf meine Rede in Genf beziehen, in der ich mich gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ausdrückte. Frankreich wird warten, bevor es mit Deutschland, das diese Rechte öffentlich verleiht hat, auf dem Stande der Gleichheit über Menschenrechte diskutiert, bis es seine Reue durch fortgesetzte Aufrichtigkeit kundgegeben hat.“

Ein italienisch-französischer Zwischenfall?

Rom, 26. November. Verschiedene Blätter berichten aus Washington einen heftigen Zusammenstoß zwischen Schanzer und Briand. Briand erging sich in Schmähungen gegen das italienische Heer (?) und erklärte. Frankreich brauche weder eine Kontrolle noch einen Rat von Freund oder Feind, es werde selbst für seine Sicherheit sorgen. Della Toretta verneinte vor der Kammer die Wahrscheinlichkeit eines so schweren Zwischenfalls.

Rom, 28. November. (T.U.) Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, empfing der Minister des Neuherrn, Marquis della Toretta, von dem Führer der italienischen Delegation in Washington, Senator Schanzer, das folgende Telegramm:

„Eure Exzellenz wollen mit dem schärfsten Nachdruck die unzinnigen Erfindungen einer englischen Zeitung dementieren. Der angebliche Zwischenfall zwischen Briand und mir existiert nicht. Briand hat kein Wort gesprochen, das auch nur im entferntesten gegen Italien gerichtet gewesen wäre.“

Franzosenfeindliche Kundgebungen in Turin.

Rom, 26. November. Infolge der absäßigen Neuherung Briands über die italienische Armee haben in Turin ernste franzosenfeindliche Demonstrationen stattgefunden. Studenten haben das französische Konsulat gestürmt, und nicht nur das Bureau des Konsulats zerstört, sondern auch das Leben des französischen Konsuls bedroht.

Deutscher Protest gegen die Rede Briands?

Berlin, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Petit Parisien lädt sich, wie die Berliner Montagspost mitteilt, aus Berlin berichten, daß Reichskanzler Wirth ursprünglich die Absicht gehabt habe, auf die Rede Briands in Washington zu antworten. Der Reichskanzler habe aber davon Abstand genommen. Dafür sei vom Kabinett beschlossen worden, dem amerikanischen Geschäftsträger Dressel zur Überleitung an Staatsekretär Hughes, den Vorsitzenden der Abstüzungskommission, eine Note zu übergeben. In dieser an Amerika gerichteten Note protestiere Deutschland gegen die Rede Briands, insbesondere gegen die von Briand aufgestellte Behauptung über angeblich in Deutschland bestehende militärische Geheimorganisationen.

Kenworthys Pläne.

Berlin, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der britische Parlamentarier Hauptmann Kenworthy, der augenblicklich in Berlin weilt, hatte mit Vertretern verschiedener Zeitungen Unterredungen, in denen er sich über die europäische Lage aussprach. Er sieht eine Rettung für Europa nur in einem intensiven Zusammenarbeiten Deutschlands mit England, und zwar hauptsächlich in Rußland, wofür sich Kenworthy Deutschland als den Arbeiter, England als den Unternehmer denkt. Rußland habe heute die Regierung, die es braucht. Der Sturz Denins würde zur Zeit Anarchismus in Russland bedeuten. Russland brauche heute alles von der Stecknadel bis zur Lokomotive und nach seiner Ansicht kann Russland zahlen. Das Volk sei intelligent, bedürfnislos und arbeitsam und das Land sei reich, das sei heute mehr wert, als Geld. Sibiriens müsse mit einem langen Eisenbahnhn überzogen werden. Dem Mangel an Transportmitteln wäre abzuheben, Krupp und Bilder zusammen könnten es schaffen. England habe die Schiffe, die politische Macht und das Geld, Deutschland habe die Organisation. England würde die Rohstoffklassen liefern, Deutschland würde sie verarbeiten. England würde die fertigen Waren nach Russland verkaufen und bald würde man dann das Rohmaterial, das jetzt teuer aus allen Enden der Welt zusammengeholt werde, billiger aus Russland heranbringen können. Die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa siehe freilich sowohl bei den Regierungen, wie bei den breiten Massen der Völker noch immer auf den heftigsten Widerstand, man müsse aber das jetzt Erreichbare schaffen, das wäre der internationale Zusammenschluß von Geschäfts- und Finanzleuten zu einer gemeinsamen und planmäßigen Sanierungsaktion.

Über die ökonomische Lage Deutschlands äußerte sich Kenworthy sehr zurückhaltend. Er glaubt nicht, daß Deutschland über die Januar- und Februarrate hinaus Reparationszahlungen mehr leisten können. Auch im eigenen Interesse der Gläubiger müsse man darum Deutschland eine angemessene Stundung bewilligen.

Moskau Misstrauen gegen die Ausbeuter-

konzerne.

OE. Den gegenwärtig in Sowjetreichen allgemein herrschenden Besitzthungen, daß die Bildung internationaler Konzerne für die Betätigung in Russland zur Ausweitung Niedriglands führen würde, gibt Nedel in der Moskauer Prawda Ausdruck. Er schreibt, das Projekt eines deutsch-englischen Trusts für den Aufbau Russlands zeuge davon, daß der in letzter Zeit vor sich gegangene Umschwung in der deutschen Politik gegenüber Sowjetrußland sich nicht entschieden getun politische. Ein derartiger Trust könnte zwar dazu dienen, die Preise der Auslandswaren beim Absatz nach Sowjetrußland zu senken, würde jedoch die deutsche Industrie der Kontrolle der Entente unterstehen und Deutschland als selbständigen Faktor in Russland ausschalten. Es sei falsch, die Notwendigkeit des Zusammengehangs mit England damit zu begründen, daß Deutschland allein die nötigen Kapitalien nicht aufbringen könne. Der Wiederaufbau Russlands werde eine Arbeit von vielen Jahren erfordern, das bedeutet aber nicht, daß die Arbeit sofort in einem grandiosen Ausmaß beginnen müsse oder könne. Die englisch-deutschen Projekte ließen letzten Endes auf eine Sabotage der direkten deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen durch das englische Kapital hinaus und würden einen bescheidenen, aber reellen Anfang verzögern. Sowjetrußland erkenne, daß es nicht nur von einer einzigen kapitalistischen Gruppierung Hilfe brauche, es werde jedoch Mittel für den Kampf gegen einen internationalen Ausbeutungstrust finden. Nedel läßt eine Drohung gegen Deutschland einfließen, wenn er sagt, selbstverständlich würden sich die Mittel leichter gegen das schwächere Mitglied des Trusts, als gegen das stärkere anwenden lassen.

Ein englischer „Panther-Sprung“.

Berlin, 26. November. Die englische Regierung hat beschlossen, nach Messina in Sizilien, in der Nähe von Messina, ein Kriegsschiff zu entsenden. — Havas meldet aus London: Die Note der englischen Regierung an die französische Regierung ist vom englischen Kabinett genehmigt worden. Sie wird der französischen Regierung wahrscheinlich morgen vorzeitig angezeigt werden. Bis zur Regelung der durch den Vertrag von Angora hervorgerufenen Meinungsverschiedenheiten hat die britische Regierung Maßnahmen getroffen, um ihre Interessen in Kleinasien wahrzunehmen, und hat zu diesem Zweck beschlossen, ein Kriegsschiff nach Messina zu entsenden.

Landtagswahlen in Hessen.

Berlin, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Neuwahlen in Hessen haben nach den bisherigen Meldungen folgendes Ergebnis gebracht: 24 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige und Kommunisten, 12 Zentrum, 12 Deutsche Volkspartei, 8 freie Bauernschaft, 5 Demokraten und 2-3 Deutschnationalen. Der bisherige Landtag bestand aus 31 Sozialdemokraten, 1 Unabhängigen, 13 Zentrum, 5 Deutsche Volkspartei, 13 Demokraten und 7 Deutschnationalen. Bei den gestrigen Wahlen war die Wahlbeteiligung gering. Die Freie Bauernschaft trat wie in Baden zum erstenmal mit einer selbstständigen Liste auf und hatte damit ziemlichen Erfolg.

Belogen und betrogen.

Der Vorwärts setzt seine Enthüllungen über den Ursprung und die Naturgeschichte des Osbergusses weiter fort. Die nachstehenden Berichte Merkers und des damaligen Vorstehenden des Halleischen Bezirks, Schmidt, bestätigen vollinhaltlich die Anklagen gegenüber der Zentrale. Wir folgen wiederum dem Wortlaut des Vorwärts. Einige unwesentliche Stellen sind von uns gestrichen worden.

Aus dem Bericht Merkers.

Ich gehöre der Bezirksleitung an und war M.P.-Leiter für den Bezirk. Die Ausführungen Bowhakis, die Ausführungen Lemke sind meine eigenen Ausführungen.

Ich bestätige ausdrücklich, daß Oberlein uns die verschiedenen Aussätze zum Sprengen gegeben hat, unter anderem auch das

Klassentagsgebäude (am 23. und 24. März).

Dienstag, den 22. Am Schlus einer Versammlung schlugen Teilnehmer verschiedene Sipole ab, trotzdem ließ die Sipo sich nicht auf einen Kampf ein. Der Kampf entbrannte in dieser Nacht von unserer Seite und dehnte sich auf den Heitstedter und Köbelinger Bezirk aus.

Montag, den 21. Unseren Auftrag vom militärischen Oberleiter, die Sipo vernichtend zu schlagen, damit wir mit einem Siege die Sache anfangen. Unsere Taktik, die Sipo anzugreifen, hätte den Sieg verbürgt, wenn Höls nicht immer vorne stand hätte. Viele Banken zu befreien, wo keine Sipo war.

Aus dem Bericht Schmidt.

(Vorsteher der Hallenser Bezirksleitung.)

Um 19. März rief uns die Bezirksleitung zusammen. Anwesend waren die Unterbezirksleiter, der Bezirksausschuß und vom größeren Osten die illegalen Leiter.

In dieser Sitzung entwidete Delsner die außen-innenpolitische Situation, und zwar so: Der große Landarbeiterstreit im Osten wählt sich zum politischen Streit, die Lage in Österreich ist, die Abstimmung muß bewaffnete Zusammenstöße ergeben zwischen deutschen und polnischen Truppen, die Orgesch marschiert auf am Starnberger See. Für uns steht die Frage: Wie müssen zur Aktion kommen. Wie organisieren bzw. treiben wir die Aktion vorwärts?

Das waren ungefähr die Sipole. Nach Delsner ergriß Schneider der Wort. (Der Redakteur des Mansfelder kommunistischen Organs. Ned.) Schneiders Ausführungen ergaben, daß er sich in einer Art und Weise engagierte habe, daß er nicht mehr zurück könne. Er begrüßte den Standpunkt der „Notenfahne“ und daß sie sich festgelegt hatte. Er hatte dasselbe am Sonnabend getan. Während ich sprach, kamen Nachrichten aus Teutschenthal. Dort zogen Truppentransporte durch Köbelingen. In Eisleben sei die Sipo auf der Straße. Ich glaubte das natürlich. Ich glaubte auch die Sache mit dem Landarbeiterstreit, auch das mit Oberleitern und ließ das am Starnberger See. Unter dem Eindruck dieser Meldungen mußte ich mich abschwören. (Es folgt dann ein persönliches Gespräch Schmidts mit Schneider, wobei Schneider erklärt, daß sich in seinem Bezirk die Sache nicht mehr halten lasse.) Delsner-Schlussschlüsse gingen dahin, daß der Kampf in vollem Gang sei, unser Bestreben müsse es sein, ihn zu steigern. (In Wirklichkeit hatten sie dahin noch gar keine Kampfe stattgefunden. Ned.)

Ich hatte den Auftrag, die städtischen Arbeiter zu überzeugen, damit diese sich am Generalstreit beteiligen. Am Sonnabend war ich dann mit den Funktionären der Betriebe zusammen, und haben wir die Frage des Generalstreits reiflich besprochen. Wenn wir das Elektrizitätswerk und die Straßenbahn stilllegen wollten, müßten wir mindestens zwei Mann in Schuhhaft nehmen. Solange deren Faust noch auf den Arbeitern lag, solange können wir nicht zum Generalstreit.

Am Montag sollte in Eisleben der Radau losgegangen sein. Dort sollte schon gekämpft werden. Das bewahrheitete sich aber nicht. Wir in Halle glaubten die Nachricht, daß in Mansfeld die Kämpfe im Gange wären. Merker ist der illegale Leiter vom Bezirk Mansfeld gewesen.

Am Karfreitag fand die Sitzung im „Dresdener Hof“ statt, wo die Parole herausgegeben wurde: Provoziert um jeden Preis, stützt Straßenbahnen um, schmeißt Handgranaten! Die Ausführungen wurden von Delsner gemacht. Ich habe weiter nichts gesagt als: Ihr habt Delsner gehört. Ihr werdet dann auch handeln.

In einem anderen Zimmer tagte das Direktorium. Von diesen beiden Sitzungen, sowohl früh wie nachmittags, hatte die Polizei Nachricht. Am Montag muß Hölllein und ... gekommen sein, die in Gegenwart von Richter Pöhöld, Frey und einer Zusammenkunft gehabt haben, in der Hölllein sich beschwert hat, daß Halle nicht auf die Beine kommt. Ich bin mit Hölllein zum erstenmal am Dienstag zusammengekommen. Es wurde verlangt, wir sollten zur Tat schreien. Wir sollten mit allen Mitteln versuchen, den Generalstreit zu steuern. Das wurde am dritten Februar ver sucht, und zwar mit dem Erfolg, daß die wenigen, die wahrscheinlich nicht reagieren wollten, am Mittwoch hineingegangen sind. Der Mittwoch hat sich in der gleichen Fahrzeuge abgespielt. Wir bekamen Berichte aus dem ganzen Reich, die außerordentlich aktuell waren: Berlin stand im Generalstreit, Leipzig, das Nuhgebiet und selbst Nordbayern lagen an. Etwas Wichtiges: Es kommt die Parole: „Nein in die Betriebe — wählt politische Arbeiterräte.“ Ich habe die Parole erst durch Freylich erfahren. Die Parole wurde sofort befolgt, daß man in die Betriebe hineingehen ist, aber nicht wieder hinaus.

Am ersten Februar kündigte sich folgendes ab: Ich stand unten in der Restauratur und sprach mit Groß dem Älteren. Neben ihm stand der Genoss Abramowski und Groß sagte zu mir: „Denk bloß an, die Zentrale existiert nicht mehr, sie sind alle verschwunden, die Sache ist vollständig hoffnungslos.“ Ich habe mich aufgeregt und gesagt: „Oben werden uns solche Berichte

gegeben, und du behauptest das Gegenteil. Drücke doch die Stimmung nicht runter!" Aber dadurch wurde der erste Klaim auf dem gelegt, was wir nachher bestätigt gefunden haben, daß wir belogen worden sind.

Am Dienstag fühlten wir uns veranlaßt, weil wir sahen, daß die Sachen verputzt waren, Stellung zu nehmen, um den Generalstreik abzuwählen. Wir füllten bis sechs Vorstandsmitglieder kamen zusammen und verlangten Abzug.

Interessant ist es noch, wie man sich den Generalstreik auf den Werkstätten dachte. Die Abstimmung hatte ergeben: 800 gegen, 400 für den Streik. Um die 800 Klichomunisten rauszubringen, verlangte der Obmann etwa 200, wie wurden dann einig auf eine Gruppe.

Am Donnerstag war eine Versammlung. Scholem spricht, und ich erfahre, welche meine Nachrichten Scholem mitgetragen hatte, und hörte seine Rede. Er war an dem Tage nicht der Radautkompetent wie sonst...

Interessant ist die Ausschaltung Hössleins. Ursprünglich stand er auf dem Standpunkt, man müsse die Straßen- und Staatsbahnen stilllegen, nachher sagte er, das wäre gar nicht wesentlich.

Durch diese Vorgänge haben wir gesehen, daß wir nach allen Regeln der Kunst besiegt worden sind, politisch und militärisch.

Belogen und betrügen, das war die Erkenntnis, die dem Leiter der Hälischen Bewegung aufdämmerte, als das Ende des Osterpußes gesommen war. Es gehört freilich die geradezu erstaunliche Kritiklosigkeit eines kommunistischen Funktionärs hinzu, um alle die läugnenden Darlegungen der Bonzen aus der Zentrale und ihrer Helferhelfer, um auch die blödsinnigsten Nachrichten als bare Münze hinzunehmen. Das aber ist die Erziehungsarbeit Sinowjews, dem denkende Arbeiter geradezu ein Greuel sind, daß ist das Wesen des übertriebenen Zentralismus, auf Grund dessen einige wenige verantwortungslose Elemente Bewegungen „schleben“ und der „nachgeordnete“ hat nur zu folgen.

Man versiekt sich in die Situation der Ostertage zurück. Der ganze Putsch war bis auf einige hoffnungslose Ausläufer tatsächlich auf Mitteldeutschland beschränkt geblieben. Verlogen aber täuschte man den Funktionären vor, daß ganz Deutschland in Flammen stehe. Man lese die Darlegungen Delsners über den Landarbeiterstreik im Osten, von den Generalstreiks in Berlin, Leipzig, dem Ruhrgebiet und Nordbayern. Soviel Argumente, soviel Lügen. Bei alledem ist zu bedenken, daß der Eisenbahnerlehr mit Halle nur vorübergehend unterbrochen war. Zum mindesten hätte man sich durch Zeitungen und persönliche Überzeugung im nahen Leipzig jederzeit von dem eigentlichen Stand der Dinge unterrichten können. Aber man glaubt eben nur den Moskauer Emisären, die nach dem herrlichen Rezept Lenins mit allen Mitteln, mit Zug und Täuschungen arbeiten müssen. Je mehr solcher Oberpußisten in Halle ankamen, um so mehr Lügen wurden in die Welt gesetzt, bis dann selbst der in derartigen Methoden unüberzeugliche Scholem der Wahrheit notwendig Konfessionen machen mußte.

Mit dem Zusammenbrechen dieses Lügengebäudes kam das Ende der Aktion und erst dann merkten die fanatisierten, gutgläubigen Moskauer, wie schändlich sie belogen worden, wie sie nur Werkzeuge einer verantwortungslosen Zentrale gewesen waren, die aufs eifrigste bestrebt war, Gnade vor Sinowjews Turkkaneen zu finden.

Man lese die Rote Fahne, oder einen ihrer Ableger während der Aktion der letzten Tage. Dieselben Lügenmeldungen. In Halle war schon Generalstreik. Die Hälischen Arbeiter dachten nicht daran. Man beachte die Meldungen von der barbarischen Behandlung der Oldenburger Gefangenen. Der kommunistische Vertreter im Untersuchungsausschuss Herzfeld bestätigte das Ganze. Wo die Vernunft seinerlei Geltung hat, dort braucht man eben Argumente, um auf die Gefühle zu wirken. Rosa Luxemburg würde sich ob solcher Kampfmethoden im Grab umdrehen. Aber was macht das? Moskau beschließt und ihre unteren Diener in Deutschland gehorchen.

Eine Erklärung Paul Levi.

Paul Levi von der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft veröffentlicht in der Freiheit die folgende Erklärung:

Es wird von gewisser Seite der Versuch gemacht, an der Veröffentlichung der Protokolle über den Widerstand mit einer Schuld anzumessen. Ich erkläre, daß ich der Veröffentlichung vollständig fernblebe. Ich liege in diesen Tagen stark im Sanatorium.

Mit ist erst vor zirka zwei Monaten aus der Aussage des Staatskommissars Welmann vor dem Untersuchungsausschuss und dann aus weiteren zusätzlichen Neuheiten bekannt geworden, daß der Staatskommissar sich in dem Besitz der Protokolle gesetzt habe dadurch, daß die Protokolle Clara Zetkin beim Grenzüberschreit von der deutschen Polizei abgenommen worden sind. Weswegen Clara Zetkin als deutsche Reichstagsabgeordnete sich der Wegnahme von Papieren durch die deutsche Polizei nicht widerstellt und sie von der Wegnahme weder ihren damaligen, noch, wie ich annahme, ihren heutigen Freunden Kenntnis gegeben hat, um der Verwertung des zu Unrecht weggenommenen Materials vorzubeugen, entzieht sich meiner Kenntnis.

Im übrigen bemerke ich, diese Protokolle sind von den Bevollmächtigten und mit zugänglich gemacht worden aus ganz anderen Gründen als aus dem, daß ich im Lande herumgereist sei oder hätte reisen lassen. Die Gründe, weswegen die Genossen sich an mich drängten, waren andre. Ich nehme an, daß Hugo Everlein trotz seiner Rede im Landtag darüber bestellt weiß.

Zu dieser Erklärung Levi bemerkt die Freiheit:

Aus dieser Erklärung ergibt sich, daß an der Freiheit der vom Vorwärts veröffentlichten Berichte über den kommunistischen Widerstand nicht zu zweifeln ist. In sehr merkwürdigem Lichte — gelinde gesagt — erscheint die Rolle, die Clara Zetkin in den ganzen Affären gespielt hat. Sie läßt sich nicht nur als deutsche Reichstagsabgeordnete die Papiere abnehmen, sondern so verzweigt auch darauf, ihre Freunde darüber zu unterrichten, daß die höchst belastenden Dokumente in die Hände der Polizei geraten sind. Und das schlimmste ist: sie arbeitet weiter mit der so sichtbarlich bloßgestellten Gesellschaft zusammen. Man versteht es einfach nicht, wie eine Frau, die in der Vergangenheit einmal den Ruhm einer Führerin der deutschen Arbeiterbewegung besaß, sich dazu hergeben kann, die Verbrechen ihrer jüngsten Genossen zu verschweigen und mittelbar zu guorzulassen.

Jedem Proletarier sollte es aber jetzt klar sein, wie dringend notwendig die Reinigung der Arbeiterbewegung von den Elementen ist, die sich in der Zeitung der Kommunistischen Partei breitmachen. Es kann und darf mit Leuten keine Gemeinschaft geben, die unter dem Deckmantel revolutionärer Aktionsberichterstattung das denselbst frivole Spiel mit den Interessen der Arbeiterklasse treiben.

Weismanns Erklärung.

Berlin, 26. November. (DA) In der Angelegenheit der Veröffentlichung des Vorwärts vom 26. November d. J. erklärt der Staatskommissar für öffentliche Ordnung folgendes:

Das Material Zetkin gelangte am 8. Juli d. J. in

die Hand des Staatskommissars für öffentliche Ordnung und wurde nach sorgfältiger Durchsichtung und weiteren Nachforschungen am 18. August dem Oberreichsanwalt in Leipzig zur Einleitung der strafrechtlichen Verfolgung gegen die beteiligten Personen übergeben. Am 20. September teilte der Oberrechtsanwalt mit, daß er dem Antrage auf Verwertung des Materials im Untersuchungsausschuh zur Ermittlung der Ursachen und des Umfangs der Märzuntersuchungen im Interesse der Untersuchung nicht entsprechen könne, da die Behandlung erforderlich sei. Unter dem 10. November gab er bekannt, daß nunmehr nach dem Stand des Verfahrens einer Verwertung des Materials keine Bedenken entgegenständen.

Die Rote Fahne behauptet auf Grund dieser Welmannschen Darstellung, daß selbst der Oberrechtsanwalt das Material als inzwerlöst betrachtet habe. Erst auf die Denunziation des Vorwärts sei die Anklage erhoben worden. Dann schreibt die Rote Fahne:

„Dadurch sind die SPD-Müller entlastet. Die Kommunistische Partei soll in eine Reihe von Prozessen verwirkt werden. Die Arbeitnehmer sollen auseinanderziehen werden, alles, um nur die Bildung der proletarischen Einheitsfront zu verhindern.“

Diese Neuerungen verraten deutlich die Verlegenheit der enttarnten kommunistischen Führer. Sie zeigen die Bestrebungen der Oberlein und Kompanie, die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft von den Schänden der kommunistischen Zentrale abzulenken. Es ist ganz unsinnig, zu behaupten, daß durch die Enslavierung der Macher in der Putschzentrale die Bildung der proletarischen Einheitsfront gestört werde. Die klassebewußte Arbeiterschaft hat mit dieser Gesellschaft, die in so verbrecherlicher Weise mit Arbeiterleben gespielt hat, absolut nichts zu tun, und es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Arbeiterschaft jede Gemeinschaft mit diesen Gesellen ablehnt.

Nach die Agrarier wollen expressen.

Die Agrarier, die wie ehedem die Regierung durch ihre Leute Mann Hermann in der Hand haben, machen einen Vorstoß um von dem Raube, den die Industriellen am Reiche vornehmen, ein gut Stück abzubauen. Wie die Frankfurter Zeitung aber mitteilt, läuft die Stellungnahme des Reichslandbundes auf Forderungen der Kontrolle der Finanzwirtschaft des Reiches hinaus, die außerordentlich weit gehen. Einen weiteren Fingerzeig für die Stellungnahme der großen landwirtschaftlichen Organisationen in der Angelegenheit der Reparationen geben die Beschlüsse, die auf einer kürzlich stattgefundenen Tagung sämtlicher deutscher Bauernvereine gesetzt worden sind. Als Voraussetzung jeder Beschlusffassung über eine Kreditlinie der deutschen Landwirtschaft, wie über Steuerfragen, die durch Erfassung des Grundbesitzes die Produktionsgrundlagen weiter schwächen, werden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Die deutsche Reichsregierung wolle in offenem Bekennen der Leistungsfähigkeit des Reiches den alliierten und assoziierten Regierungen die Erklärung abgeben, daß die Reparationsverpflichtungen einer sofortigen Abberichtigung bedürfen, die der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit entspricht. Es wird der Regierung anheimgestellt, diese Erklärung zu einem ihr geeigneten erheinenden Zeitpunkt abzugeben, der es ermöglicht, die Frage während der Abstimmungskonferenz zu Washington, jedesfalls aber vor Fälligkeit der Januartrate, aufzurollen.

2. Die zu fordern Abänderung der Reparationsverpflichtungen dürfe nicht ausschließlich in einem zu gewährenden Moratorium bestehen. Die Reparationslast müsse vielmehr der veränderten Leistungsfähigkeit angepaßt werden, weil nur hierdurch ein Stabilisierung der Mark möglich erscheine. Dies aber sei die einzige Grundlage, auf der Maßnahmen zur Besteckigung der inneren und äußeren Bedürfnisse des Reichs endgültig getroffen werden könnten.

3. Die deutsche Landwirtschaft verlangt, daß die deutschen Wirtschaftsräume, nachdem sie in zwölfter Stunde zur Rettung aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch durch Hergabe ihrer letzten Mitteln aufgerufen worden sind, selbst in entscheidender Weise an der Gestaltung aller Maßnahmen (Kreditabgabe und Steuern) beteiligt werden, die eine Hergabe der Substanz deutscher Volksvermögens bedeuten.“

Also genau wie die Industrie, so stellt auch die Landwirtschaft Forderungen, die einer vollen Auslösung des Staates gleichkommen. Ganz unverblümmt heißt es: Wir haben Geld, gebt uns dafür Macht. Diese Herrschaften halten jetzt alle die Zeit für gekommen, die Masken der „demokratischen Gesinnung“ abzulegen und den Staat ganz offen zu dem zu machen, was er nach ihrer Meinung immer sein soll: der Schützer und Sachwalter der Interessen der kleinen Gruppe der Kapitalisten. Sie halten die Gelegenheit für günstig, um sich zum Herrn über den Staat zu machen. Unverschämt sprach ja vor einigen Tagen die Tägliche Rundschau diese Absicht aus.

„Dieser Staat ist nicht mehr fähig, der Nation die Funktionen zu leisten, die er ihr schuldet und deren Leistung seine Existenzberechtigung ausmacht. Ihm geschieht kein Unnatürliches und Unerhörtes, wenn wirtschaftliche Kräftezentren die Tendenz zeigen, ihn auszuschalten und an seiner Stelle Funktionen zu leisten, die soziale Lebensnotwendigkeiten für uns sind.“

Im Bunde mit den Industriellen wird es den Agrariern schon gelingen, das Reich und seine Staatswirtschaft vollends zu ruinieren, worauf sie mit vereinten Kräften schon lange hinarbeiten. Die Zersetzer bedienen sich dabei auch eines Teiles der Arbeiterschaft, nämlich der in den christlichen Gewerkschaften organisierten, die schon kräftig für die Entstaatlichung der Eisenbahnen bearbeitet werden, und, wie man leider sagen muß, nicht ohne Erfolg. Im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften ist zu lesen:

„Die Forderungen der Industriellen lösen im deutschen Volk zahllose Proteste aus. Der Gedanke der Übersetzung der Eisenbahnen in Privatbesitz ist der jüngsten Generation des deutschen Volkes schwer unfaßbar. Und doch wird es wohl über über sich mit dem Gedanken der Entstaatlichung bestreiten müssen, wenn der Nachweis geführt wird, daß unter staatsbureaucratischer Leitung an einer Gesundung des Eisenbahnwesens nicht zu denken ist und es der privaten Initiative möglich sein wird, eine rentable oder wenigstens eine sich tragende Einrichtung daraus zu machen. Diesen Nachweis zu führen sind Stinnes und Konsorten dem deutschen Volke schuldig, wenn sie Wert darauf legen, daß ihr Name im eigenen Lande ein ehelicher bleiben soll.“ Das Zentralblatt teilt dann mit, daß sich die christlichen Gewerkschaften bewegen, der Deutsche Gewerkschaftsbund der Protestbewegung gegen die Entstaatlichung der Eisenbahn bisher nicht angegeschlossen haben. Sie müssen sich außer über die Tragweite des Problems informieren. Bevor die Bewegung ein Urteil über das Verlangen der Industrie abgeben kann, müsse Klarheit geschaffen werden über eine ganze Anzahl Fragen. Diese Fragen seien so aus: „Die wichtigste ist zunächst

le, ob die Kreditlinie der Industrie in ihrer Höhe und auch zeitlich so unbegrenzt sein kann, daß das Reich damit über den Berg hinaufkommt und wir von dem finanziellen Zusammenbruch des Reichs bewahrt bleiben. Kann die Industrie hier keine Garantien bieten, so muß ihr Wunsch als weiterhin undiskutabel gelten. Wir haben stets Zweifel, daß die Industrie sich das nicht stark machen kann.“

Reichsregierung und Bucher.

Habamtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat sich in den letzten Tagen wiederholt und eingehend mit den durch die gegenwärtige Teuerung verursachten Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Volksversorgung beschäftigt. Die Steigerung der Preise beruht in der Hauptfläche auf der Entwicklung der deutschen Mark, die ihrerseits wieder im wesentlichen durch den Friedensvertrag und die uns auferlegten Reparationslasten herbeigeführt ist. Einer wuchernden Ausbeutung dieser Sachlage muß aber mit aller Energie entgegengewirkt werden. Handhaben hierzu bietet die Verordnung gegen Preisstreberei, die im Jahre 1919 durch die Buchergerichtsverordnung und im Dezember 1920 durch ein weiteres Gesetz bis zur äußersten Grenze verschärft worden ist. Nach diesen Bestimmungen besteht die Möglichkeit, gegen Bucher und Schieber mit den strengsten Strafen vorzugehen; Buchhaus, Geldstrafe in unbeschränkter Höhe, Ehrverlust, Polizeiausschluß, Untersagung des Handelsbetriebes, Einziehung der Waren und des wuchernden Gewinns sowie Brandmarke des Täters durch Urteilsveröffentlichtung sind vorgesehen. Auch die Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs fällt unter diese Strafbestrafungen. Unabhängig vom Strafverfahren können Waren, die ausliegehalten werden, enteignet und der Allgemeinheit zugeführt werden. Unzuverlässige Personen können vom Handel ausgeschlossen werden.

Besondere Aufmerksamkeit erforderten die Kartoffelmark. Hier hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft für eine neue Verordnung erlassen. Danach wird der Ausfall von Kartoffeln beim Landwirt, soweit er nicht für den eigenen Bedarf erfolgt, von einer besonderen behördlichen Erlaubnis abhängig gemacht; sie darf nur hinreichend sachverständigen und zuverlässigen Personen erteilt werden.

Die Reichsregierung und die Landesregierungen haben aus Anlaß der gegenwärtigen Teuerungswelle die nachgeordneten Stellen mit Nachdruck auf die Notwendigkeit der schärfsten Durchführung der Vorkehrungen gegen Preisstreberei hingewiesen. Die Erlassen der preußischen und der bayerischen Regierung sind durch die Presse bekanntgegeben worden. Erfahrungsgemäß macht bei der Anwendung der Preisbucherordnung die Feststellung des angemessenen Preises Schwierigkeiten. Für das Gebiet der Kartoffelversorgung hat deshalb der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft durch ein neues Rundschreiben an die Landesregierungen die Bildung besonderer Ausschüsse aus Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher angeregt. Diese Ausschüsse sollen unter behördlichem Vorbehalt und unter Zusichtung von Vertretern der Strafverfolgungsbehörden die für die einzelnen Bezirke angemessenen Kartoffelpreise an der Hand bestimmter Richtlinien ermitteln und so den Strafverfolgungsbehörden die nötigen Grundlagen für Lieferungsverträgen zu den von Ihnen ermittelten Preisen mitwirken. Die Kontrolle zur Verhinderung der verbotenen Tuschung wird in schärfster Weise durchgeführt. Um den Schmugel zu unterbinden, sind für die höheren Erleichterungen für den kleinen Grenzverkehr und den Reiseverkehr aufgehoben worden.

Das Reichskabinett will am morgigen Dienstag die Beratungen über die gegenwärtige Teuerung geschaffene Lage fortsetzen.

München, 26. November. (WFB.) Das Staatsministerium für Landwirtschaft löst den zugunsten der Bedürftigsten im Lande bereits seit längerer Zeit getroffenen Maßnahmen zum Bezug von verbilligter Milch und von verbilligten Kartoffeln auf Grund eines Ministerialbeschlusses ab. L. 12. auch eine Brotverbilligungaktion folgen, durch die das Pfund Brot um 60 Pf. unter dem sonst gelgenden Preis abgedeckt werden kann. Dieses Brotlohn können im ganzen 300 000 gering bemittelte Verbraucher teilhaftig werden. Wenn es gelingt, weitere Staatsmittel dafür flüssig zu machen, sind bereits Verhandlungen eingeleitet, damit weitere Kreise mit verbilligtem Brot, Milch und Kartoffeln versorgt werden können.

Otto Bauer über die Wellen.

Wien, 26. November. (Intell.) Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Österreichs trat heute vorzeitig zu seiner eigenständigen Tagung unter dem Vorbehalt des Abgeordneten Tomischek zusammen. Erstreckt, der den Bericht des Parteivorstandes erhielt, führt aus, daß die Organisation im letzten Jahr einen erstaunlichen Aufschwung genommen habe, besonders die Frauenorganisation habe einen ganz bedeutenden Schritt nach vorwärts gemacht. Zum Karl-Putsch erklärte er, daß die Sozialdemokratische Partei für derartige Überreaktionen Verleumdungen getroffen habe, die die Republik vollständig geschädigt und außerdem Gesetz gesetzt hätten. Er betonte dann, daß man die Karlisten und Monarchisten nicht übersehen dürfe, wenn auch keine Ursache vorliege, die von ihnen drohende Gefahr zu unterschätzen. Wenn die Monarchisten einen Aufstand zur Auflösung der Monarchie zu inszenieren gewagt hätten, so hätten die Bünde der Ringstraße nicht ausgerichtet, um alle diese Kreise aufzuhüpfen. — Dr. Egon Bogen erklärte den Kassenbericht. Muchitsch, Graz den Bericht der Kontrollkommission. Ein Antrag, als Mindestbeitrag von 20 Kronen festzulegen, findet Annahme.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: „Die Wellenlage des Sozialismus und unsre nächsten Aufgaben“. Liegt eine Resolution des Referenten, Dr. Otto Bauer, vor, die davon ausgeht, daß der Kapitalismus im Westen unerschüttert geblieben sei, sich in Mitteleuropa behauptet habe und in die Sowjetrepublik wieder einzudringen beginne. In Mitteleuropa war die Bourgeoisie nach der Revolution von 1918 unfähig, den Staat zu regieren, andererseits konnte das Proletariat unter dem Druck des Kapitalismus der Siegermächte die Herrschaft nicht behaupten; insgesamt war die Koalition der Arbeiterschaft mit der Bourgeoisie unvermeidlich. Die Bourgeoisie war gezwungen, die Mitregierung des Proletariats mit großen Zugeständnissen an Betrieb und Kaserne zu erkämpfen. Solange die internationale Machstellung des Kapitalismus ungebrochen ist, ist die Herrschaft des Sozialismus in Österreich nicht möglich. Wenn die demokratische Republik in Österreich zusammenbricht, wird ihr Ende nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur der Konterrevolution antreten. Die Machstellung des österreichischen Proletariats hat sich seit 1918 gestärkt. Wenn auch die Verteilung des Proletariats im Parlament eine Minderheit ist, so hat das Proletariat außerparlamentarische Machtmittel genug, um jede bürgerliche Regierung zu stürzen. Über ein gewaltloses Sturz der bürgerlichen Regierung würde nur eine Periode fortwährender Bürgerkriege eintreten; daher muß sich das Proletariat in der Regel mit den normalen Kampfmitteln einer parlamentarischen Opposition beschäftigen. Nur wenn die Bourgeoisie auf Angriffe auf die Republik selbst oder auf entscheidende Machtpositionen des Proletariats die Arbeiterschaft zum Kampf auf Leben und Tod zwingt, muß das Proletariat von allen seinen parlamentarischen und außerparlamentarischen Machtmitteln Gebrauch machen. — Die Revolution fordert sodann die Einheitsfront des Proletariats, um die Republik vor dem zersetzenden Einfluß der Autonomiebestrebungen der Länder zu schützen. Sie verweist auf die schwere Internationale Wirtschaftskrise, die eine neue schwere Erhöhung des kapitalistischen Ausbeutungswesens bringt.“

fasshaften Herrschafstsystems entzündigt. In Deutsches Oesterreich sei die bürgerliche Regierung in jedem Falle nicht fähig, die ökonomischen Probleme des Landes zu meistern. Die Entwicklung des internationalen und habsburgischen Kapitalismus schaffe östlichst die Voraussetzungen für die Eröberung der politischen Macht durch das Proletariat.

In seinem Referat begründet Otto Bauer die Resolution und führt aus, daß Oesterreich so sehr wie kein andres Land von der Weltlage abhängig sei. 1918 hätten wir große Hoffnungen, daß die Revolution auch in den Entente-Ländern ausbrechen würde. Diese Hoffnungen sind illusorisch geworden. Damals hat die Entente alle gegenrevolutionären Generäle gegen Russland gehetzt, damit Russland zu seiner Verbindung mit dem revolutionären Europa käme. Heute sei die Sache anders: seitdem die Sowjetregierung den Frieden von Riga geschlossen habe, sei das Proletariat in die Defensive gedrängt. In Deutschland befindet sich der Kapitalismus in der Offensive. Die einzige Frage der deutschen Politik sei heute: Woher die Milliarden für die Entente nehmen? Statt dessen will sie eventuell geben, verlangt aber dafür die Alleinherrschaft in Deutschland. In Oesterreich sei der Zusammenbruch so gelindlich wie in seinem andern Lande. 1918 war die Koalition der einzige mögliche Weg. Heute ist die Koalition unmöglich, weil sich die Machtverhältnisse geändert haben, und man nicht mächtiger werte, wenn man in die Regierung geht. Einzelne Teile des Proletariats wollen, daß wir wieder in die Regierung gehen. Wir lassen uns in die Regierung nicht von der Bourgeoisie lösen und nicht durch einzelne Teile des Proletariats hindringen.

In der Diskussion sprachen Deutsch, Max Adler, Dr. Trebitsch und Ellinger. Die Resolution Otto Bauers wurde einstimmig angenommen.

Auf dem Parteitag sind 258 Delegierte anwesend.

Geheime Waffenlager.

343 Haubitzen entdeckt.

Die Freiheit berichtet: Vor einigen Tagen wurde in den Rossroh-Werken in Heldenau bei Dresden eine Durchsuchung nach Waffen vorgenommen. Die Internationale Kommission wurde jedoch von der Direktion und auch von einem Teil der Arbeiterschaft an der Durchsuchung gehindert. Später nahm die Polizei die Durchsuchung vor und fand hinter einem vermauerten Raum 150 neue Mantelrohre aus Chromnickelstahl für leichte Feldhaubitzen. Inzwischen haben weitere Durchsuchungen stattgefunden. Dabei wurden, wie uns aus Dresden berichtet wird, 343 Haubitzen, Kaliber 10,5 Zentimeter, gefunden. Die Haubitzen waren komplett, nur die Läppetten fehlten. Nach der Art der Packung wird angenommen, daß die Haubitzen von Spandau aus nach Dresden geschickt worden waren.

Zu dieser Meldung wird der Dena von „unterrichteter Seite“ mitgeteilt, daß es sich hier nur um eine Sendung handeln kann, die noch während des Krieges und zwar in diesem späteren Verlauf auf Grund des Hindenburg-Programms erfolgt war. In der damaligen Zeit lieferen nämlich die ehemaligen Artilleriewerke in Spandau rohe Rohrteile an die Rossroh-Werke, die diese dann weiter zu verarbeiten hatten. Nach Abschluss des Waffenstillstandes sind derartige Lieferungen nicht mehr erfolgt. Weiter erfaßt die Dena noch von amtlicher Seite, daß weder der Reichsregierung noch der sächsischen Regierung die Verheimlichung des jetzt aufgefundenen Geschützmaterials bekannt gewesen ist. Beide Regierungen mißbilligen die Handlungsmöglichkeit der Rossroh-Werke auf das allerhärteste. Von Seiten der Regierung ist Vorsorge getroffen worden, der ganzen Angelegenheit genauestens nachzugehen. Sollten sich dabei Verstülpungen herausstellen, so werden diese unanfechtbar zur Verstrafung gelangen.

Die Nichtigkeit dieser Dena-Meldung vorausgesetzt, ändert dies nichts an der Tatsache, daß in Heldenau ein großes Lager von Waffen, die abgeschafft und zerstört werden mußten, verheimlicht worden ist. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß gegen die Schuldigen mit aller Schärfe eingehandelt werden muß, denn durch derartige Vorfälle wird das Misstrauen gegen Deutschland im Ausland immer wieder aus neuem gestärkt. Deutschlands Lage wird dadurch immer mehr verschärft, denn an eine Wiederholung des Versailler Vertrages ist nicht zu denken, solange dieses verbrecherische, an Landesverrat grenzende Treiben fortgesetzt wird. Bedauerlich ist es, daß es der Arbeiterschaft der Rossroh-Werke nicht gelungen ist, die Waffenversteckung zu verhindern. Die Arbeiter, besonders die Betriebsräte, können aus dem Vorfall wieder lernen, wie dringend notwendig es ist, alle Vorgänge in den Betrieben mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Das Reglement für die deutsch-polnische Konferenz.

Genf, 26. November. Die erste Genfer Tagung der deutsch-polnischen Konferenz, die die formellen Vorarbeiten zu erledigen hatte, nahm heute mittag ihr Ende. In der sehr kurzen Schlusshaltung wurde das Reglement der Konferenz, das heißt die Arbeitsabstimmung der weiteren Verhandlung, gebilligt und von den Bevollmächtigten und dem Präsidenten unterzeichnet.

Das Reglement umfaßt 12 Artikel. Artikel 1 stellt fest, daß die Verhandlungen, die den Anschluß der alliierten Mächte umgrenzten Fragen gelten, die Bestimmungen dieses Beschlusses ausführen müssen. Artikel 2 zählt die bereits mitgestalteten Kommissionen auf, deren Zusammensetzung und Arbeitsmethode in den weiteren Artikeln festgelegt wird. Nach Artikel 3 ernennt jeder der beiden Bevollmächtigten für jede Unterkommission einen Präsidenten, die Berater und die Sachverständigen. Die Mitglieder der Unterkommissionen sollen möglichst der Bevölkerung des Abstimmungsgebietes angehören und in enger Führung mit dem Lande stehen. Die Präsidenten seien abwechselnd die Verhandlungen. Über die Verhandlungssprache entscheiden die Kommissionspräsidenten. Artikel 4 schreibt vor, daß die Unterkommissionen einen Textentwurf, im Halle der Uneinigkeit zwei Textentwürfe ausarbeiten sollen, und stellt dem Präsidenten der Konferenz und den Bevollmächtigten frei, an den Sitzungen teilzunehmen. Nach Artikel 5 können die Untersuchungen und Besuche an Ort und Stelle auch unter Teilnahme des Präsidenten und der Bevollmächtigten stattfinden. Bedenfalls sieht sich der Präsident der Konferenz zur Erlangung der notwendigen Erleichterungen vorher mit dem Präsidenten der Internationalen Regierungs- und Abstimmungskommission Oberösterreichs in Verbindung. Artikel 6 stellt fest, daß die von den Mitgliedern der Unterkommission vertretenen Ansichten die Bevollmächtigten nicht binden, und Artikel 7 stellt den Bevollmächtigten anheim, wenn ihnen das Ergebnis der Kommissionsarbeiten vorgelegt wird, diese Vorschläge anzunehmen oder abzulehnen. Artikel 8 bestimmt, daß der Text des Abkommens von den Bevollmächtigten und dem Präsidenten der Konferenz, dem die Ersteren ihre Vorschläge bis 15. Januar stellen, aufgestellt wird. Der Präsident trägt dafür Sorge, daß alle notwendigen Bestimmungen im Abkommen enthalten sind. Artikel 9 lautet: Jeder der beiden Bevollmächtigten macht dem Präsidenten alle Angaben, die dieser in Bezug auf die strittigen gebliebenen Fragen einfordern könnte. Der Präsident entscheidet in letzter Instanz über die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Parteien. Der vom Präsidenten der Konferenz aufgesetzte Text über die strittigen Punkte wird von den beiden Parteien angenommen und in das Abkommen eingefügt. Artikel 10 bezeichnet Genf als Sitz der Konferenz Oberösterreich als Sitz der ersten zehn Unterkommissionen und Genf als Sitz der ersten Unterkommission für Mindesttarif und überläßt dem Präsidenten Einberufung und Wahl der Verhandlungsorte für die später zu bildende Kommission. Die Feststellung der Befugnisse der gemischten Kommission für Schiedsgerichte und gegebenenfalls alle ande-

ren zwischenstaatlichen Fragen und die Verwaltungs- und Gerichtsorganisation in Ausführung des Abkommens. Der Präsident hat das Recht, die Vorarbeiten zu überwachen, sich über ihren Stand zu erkundigen und Anregungen zur Ergänzung der Untersuchungen in den Unterkommissionen zu geben. Er beruft die Bevollmächtigten zu einer Vollsitzung, sobald er ihre Vorschläge erhalten hat oder auch früher, wenn er es für angebracht hält oder wenn eine der Parteien es fordert. Die strittigen Punkte, deren Lösung dem Präsidenten nach Artikel 9 aufsteht, werden ihm in Genf unterbreitet, worauf der endgültige Text des Abkommens redigiert und unterzeichnet wird. Die Protokolle der Vollsitzungen wie auch der rechtsfähige Text des Abkommens werden in französischer Sprache abgefaßt. Deutsche und polnische Übersetzungen des Abkommens werden dem französischen Text als Anlage beigegeben. Die Tagesordnung der Vollsitzungen steht der Präsident nach Besprachen der Bevollmächtigten auf. Artikel 12 sagt endlich: Alle Meinungsverschiedenheiten, die bei der Anwendung des gegenwärtigen Reglements entstehen könnten, werden vom Präsidenten entschieden, der das Reglement auch nach Verständigung mit den beiden Bevollmächtigten abändern kann.

Sowohl der deutsche Bevollmächtigte Schiffer wie auch der polnische Bevollmächtigte Olsowksi erklärten einem Vertreter des ATB, daß in Genf die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien im Zeichen künftiger Verjährlichkeit gestanden und sich in angenehmen Formen abgespielt haben. Man sei ohne große Schwierigkeiten zu einer Vereinstimmung gelangt. Der leitende Gedanke für beide Parteien sei wie Olsowksi sagte, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in Oberösterreich gewesen.

Eine englische Mahnung an Frankreich.

Gegen das Säbelrasseln Frankreichs.

In einer Rede, die Lord Curzon in der City hielt, gab er eine bedeutungsvolle Erklärung über die äußere Politik Englands ab und kennzeichnete die Washingtoner Konferenz als einen großen und bemerkenswerten Schritt auf dem Wege zum tatsächlichen Fortschritt der Menschheit. Die Ablösung werde in das Gebiet praktischer Politik gerückt. Ein großer Teil der Spatenarbeit sei aber noch zu erledigen und, so fuhr Lord Curzon wortlich fort, ich möchte gern das Wort Voricht aussprechen und gewisse Bedingungen anregen, die noch zu erfüllen bleiben. Es ist nicht ratsam, die Rüstungen zur See zu beschaffen, wenn wir mit anderen müssen, wie die Anhäufung ausgedehnter Rüstungen zu Vandalisch höher und höher führt. Lord Curzon fuhr fort: „Ein Beispiel darf nicht von einer Nation oder sogar von zwei oder drei Nationen gegeben werden; es muß von allen Nationen im Verhältnis ihrer Größe und Fähigkeit erfolgen. Für England ist es nicht angebracht, Opfer anzunehmen oder sich ihnen zu unterwerfen, wenn die andern sich ihnen entziehen. Die dritte Bedingung ist, daß, wenn wir als größte Seemacht der Welt, deren Existenz als Nation täglich von der Beherrschung der See abhängt, willens sind, unsre Flottenstärke zu beschränken, es andern Mächten nicht gestattet sein darf, neue Maschinen oder Werkzeuge für Lust- oder U-Bootangriffe zu bauen, die unsre Opfer nicht machen können.“

Wenn Frankreich versuchen würde, eine solche oder eigene Politik anzunehmen, so würde es auf die Dauer nicht Deutschland schaden und es würde ihm auch nicht gelingen, sich selbst zu schützen. Worin liegt die wirkliche Stärke und der wirkliche Schutz unseres großen Allianzen? Sie bestehen nicht in der Tapferkeit seiner Soldaten, wie groß sie auch ist, oder in der Stärke seiner Armeen so mächtig sie auch sind. Sie bestehen nicht in dem unerschöpflichen Geiste seines Volkes, und auch nicht in der Gerechtigkeit seiner Sache. Wahrnehmbar bestehen sie in der Tatsache, daß das Gewissen der Welt und die vereinigten physischen Kräfte der Welt — und unter die Zahl der großen Mächte Europas rechnet — sich auch die Vereinten Staaten — nicht zulassen werden, daß im Herzen Europas die große gefährliche Macht wiederkehrt, die immer mit dem Schwerte in der Scheide rastet und die eine immerwährende Bedrohung des europäischen Friedens ist. Wir werden Deutschland nur dann zu einem freidlichen Mitglied des internationalen europäischen Hauses machen, wenn die großen Mächte sich dazu verbinden, nicht bloß die Durchführung des Vertrags zu erwarten sondern Macht darüber zu schaffen, daß seine Politik der Weltentwicklung oder Rache von Ihnen gebildet werden will und daß sie Deutschland dazu helfen werden, seine Rolle zu spielen, vorausgesetzt, daß es Aufrichtigkeit und guten Glauben zu erkennen gibt. Solange England, Frankreich und Italien zusammenhalten, habe ich Hoffnung auf ein solches Ergebnis.

Die französische Hammer und Deutschlands Verpflichtungen.

Paris, 24. November. In der heutigen Kammeröffnung hat nach Beendigung der Finanzdebatte das Ministerium eine Tagesordnung Jacac angenommen, in der von der Regierung verlangt wird, über die strikte Auflösung der Verpflichtungen Deutschlands zu wachen und etwa nötige Maßnahmen zur Wahrung der Gläubigerrechte Frankreichs vorzunehmen, ferner vom Lande keine neuen Steuern zu verlangen, bevor nicht das größtmögliche Ergebnis der jüngsten Steuern erzielt sei, die bereits bestehen. Des weiteren verlangt die Tagesordnung, daß der Noten-umlauf nicht vermehrt, daß die öffentlichen Ausgaben auf das notwendigste beschränkt, daß die Anzahl der Beamten auf den Stand von 1914 zurückgeführt und daß alle Maßnahmen getroffen werden, um die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs und seiner Kolonien zu fördern. Schließlich wird auch noch die Umgestaltung der Staatsmonopole gefordert und der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Eine Note der Reparationskommission.

Paris, 24. November. Das Echo de Paris meldet, die Reparationskommission werde, wenn Deutschland nicht innerhalb von zehn Tagen Aufklärung über die Zahlungen gegeben habe, in einer Note, die am 29. oder 30. November veröffentlicht werde, ihren Standpunkt über die Notwendigkeit auseinandersehen, daß Deutschland an den nächsten Verhandlungen verkehre.

Asquith über Revision des Versailler Vertrages.

Bonbon, 26. November. (T.-U.) Asquith hat in New Castle eine Rede gehalten, in der er sagte, drei Dinge sind notwendig für eine Gesundung Europas: 1. Revision des Versailler Vertrages, 2. die gegenseitige Streichung der alliierten Schulden, 3. die Belebung der Tarifmauer.

Unfreiheit des Wiesbadener Abkommens.

Paris, 26. November. (T.-U.) Der Courrier industriel zu Paris hat berichtet, daß Wiesbadener Abkommen werden freiheitlich im März oder April in Kraft treten. Der Minister erläuterte weiter, man müsse für die deutschen Lieferungen die Mindesttarife anwenden oder ein Ausnahmeregime einführen.

Einstellung der Marknotierung in Holland?

Berlin, 26. November. (T.-U.) In holländischen Börsenkreisen zirkuliert der Gedanke, den Handel in deutschen, polnischen und österreichischen Devisen einzustellen. Man wartet auf einen diesbezüglichen Entschluß in Neuport. Wie der Deutsche Handelsdienst hierzu feststellen kann, handelt es sich um Gerüchte innerhalb privater Kreise, die vorerst durch die zuständigen behördlichen Stellen in Holland nicht bestätigt werden konnten.

Die Lage im Dedenburger Abstimmungsgebiet.

Wien, 26. November. Sofort nach Eintreffen der Nachricht, daß die Botschafterkonferenz der Bitte der österreichischen Regierung

um Entfernung alter ungarischer Truppen und Gendarmerie aus dem Dedenburger Abstimmungsgebiet reißlos entsprochen und daß sie die Entfernung von Ententeoffizieren und einer genügenden Anzahl interallierter Sicherheitsorgane in Erwägung gezogen hat, hat die österreichische Regierung das Protokoll von Benedig dem österreichischen Nationalrat zur Genehmigung unterbreitet. Der Ausschuß für Neuzeres wird am Dienstag zur Behandlung des Protokolls zusammentreten; am Mittwoch wird es zur Ratifizierung vor dem Nationalrat gelangen.

Aus Dedenburg werden neue Fälle von ungarischem Terror gemeldet. So ist u. a. ein Aufruf der ungarischen Volksorganisation veröffentlicht worden, wonach sämtliche Angehörige der österreichischen Dienststwege, alle Mitglieder der Organisation sowie auch ihre Angehörigen für Ungarn stimmen müßten; ob dies tatsächlich geschehe werde seitens des Vorstandes nachgeprüft werden. Mitglieder, die die Aufrufforderung nicht folge leisteten, seien ihre Stellung auf Spiel und würden zur Verantwortung gezogen werden. Auch die übrige Bevölkerung wird mit allerlei Drohungen zu Unterstiftung für Ungarn gezwungen, wobei man den Leuten einredet, daß die Unterschrift einen Schwur gleich sei. Es wird ferner gemeldet, daß etwa 3000 Insurgenten in das Abstimmungsgebiet erneut gebracht worden sind. Wie einer Wiener Zeitungskorrespondenz von unterliegender Seite mitgeteilt wird, soll das Abstimmungsgebiet von Dedenburg durch ungarisches Militär absezt werden.

Ungarisches Komplott gegen den tschechischen Ministerpräsidenten?

Wien, 26. November. (T.-U.) In Preßburg brachten die dortigen Blätter die Nachricht von der Aufbegehung eines Komplotts gegen den tschechischen Ministerpräsidenten Dr. Benesch. Es wurde eine Reihe von Preßburger Einwohnern verhaftet, die angeben, daß das Komplott von den an der tschechischen Grenze liegenden ungarischen Truppen hergestellt soll. Außerdem waren Anschläge gegen höhere tschechische Staatsbeamte geplant. Bei den Verhafteten stand man 1½ Kilogramm Dynamit.

Zita will in die Schweiz.

Funchal (Madeira), 26. November. Die Kaiserin Zita will sich nach der Schweiz zu begeben, um einer Blindarmoperation ihres Sohnes zu unterziehen. Sie hat durch Vermittlung der portugiesischen Regierung bei den Alliierten um Genehmigung dieses Urlaubs nachgefragt.

210 Jahre Gefängnis gegen streitende griechische Arbeiter.

Athen, 26. November. In dem Prozeß wegen des Aufstandes der Eisenträgerarbeiter verurteilte das Kriegsgericht 10 Angeklagte zu acht Jahren und 26 Angeklagte zu fünf Jahren Gefängnis. 20 Angeklagte wurden freigesprochen. Die Verurteilung erfolgte, weil die Angeklagten als mobilisierte Angehörige der Eisen- und Straßenbahn, entgegen den erhaltenen Befehlen, in Kriegszeit ihre Posten verlassen und Privateigentum zerstört hätten, an dessen Erhaltung der Staat interessiert gewesen sei.

Allental auf einen litauischen Minister.

Kowno, 26. November. Gestern vormittag wurde auf den Handelsminister Galvaukas in seiner Wohnung ein Brandanschlag verübt. Der Minister wurde durch Splitter verwundet die von einer in seinem Zimmer geplatzten Bombe heraustraten. Der Urheber des Attentates ist noch unbekannt.

Wieder ein Geheimblinder verhaftet.

Die Verhaftungen wegen verbohner Geheimbündnisse, durch die ausschließlich Angehörige von Rechtsorganisationen betroffen werden, haben auch nach Bremen übergegriffen. Dort ist der Oberlehrer Dr. Rüthnick wegen Verdachts der Teilnahme an einer verbotenen Geheimorganisation verhaftet worden. Gleicher Dr. Rüthnick ist einer der unentwegten Judenheizer unter Hakenkreuzen. Er hat in seiner Eigenschaft als „geistiger Lehrer des Deutschölkischen Schuh- und Truhendienstes wiederholt bei Versammlungssprengungen mitgewirkt. Außerdem ist dieser „Jugendzelt“ mit der patentierten treuebürgischen „Volks“-partei.“

Hungerstreik im Naumburger Gefängnis.

Die Roten Fahne veröffentlicht einen Aufruf von 40 politischen Gefangenen im Gefängnis in Naumburg, aus dem hervorgeht, daß sich die 40 Häftlinge seit Mittwoch im Hungerstreik befinden.

Bon Nah und Fern.

Schwere Bränden.

Nürnberg, 26. November. Gestern spät abends entstand in den Fabrikräumen der Herstellerwerke aus unbekannter Ursache ein großer Brand. Drei Löschzüge waren vier Stunden tätig, ehe sie die Feuer beseitigt wurden. Der Gebäude- und Sachschaden ist sehr bedeutend.

Schlesien, 26. November. Nachdem erst vor drei Wochen eine Feuerexplosion in Thimbimendorf 2 Scheune vernichtet, brach hier in der Scheune des Gutsbesitzers Hermann Lenzenz abermals Feuer aus, wodurch 5 große Bauerngehöfte und 7 Scheunen einäschert wurden. Der Schaden ist noch nicht zu übersehen. Es liegt höchstwahrscheinlich Brandstiftung vor.

Eisenbahnunfall.

Berlin, 26. November. (Amlich) Gestern mittag 1 Uhr entstand infolge Radreifenbruchs eines Wagens des von Berlin kommenden Schwedensupers D 13 zwischen Groß-Rietzow und Trebbinwald. Personen sind nicht verletzt, der Sachschaden ist gering. Der Betrieb wird eingleisig aufrechterhalten.

Drei Personen ertrunken.

Dessau, 26. November. (T.-U.) Beim Schlittenfahren auf einem Teiche im benachbarten Trebbinbach sind am Sonntag nachmittag zwei Knaben eingebrochen und ertrunken. Ein junger Mann stand bei den Rettungsversuchen gleichfalls den Tod.

Todesurteil.

Bochum, 27. November. Das Schwurgericht verurteilte den 1807 geborenen Bergmann Felix Kellermann aus Horst, der am 28. Dezember 1920 vor dem Bochumer Polizeipräsidium den ihn abschließenden Hilfswachmeister Linquist niederschlug, zum Tode.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Fleischer in Leipzig.

Berantwortlich für den Inserenteil:

Friedrich Böller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

MODEHAUS JORDAN & Co.</

Metallarbeiter!

Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage, unser Lohnabkommen und Stellungnahme dazu.

Es ist Pflicht aller Mitglieder, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Verbandsbuches.
Die Versammlung beginnt pünktlich.

USPD. Groß-Leipzig

Leutbld. Mittwoch, den 30. November, abends 8 Uhr.
Mitgliederversammlung im Restaurant Vater Jahn, Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Gemeindeverfassungsreform und Gemeindewahlen. Referent: Gen. Denhardt. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum Parteitag. 4. Partei- und Vereinsangelegenheiten (Beitragserhöhung). Vollzähliges Erscheinen, insbesondere der Genossinnen, erwartet. Der Vorstand.

Mödern. Dienstag, abends 11.30 Uhr, im Carlsbad, **Bogen unsrios Diskussionsabend.** Einladung durch Genossen Wibels über: Der Weg zum Sozialismus. Alle interessierenden Genossen und Genossinnen sind eingeladen. Der Vorstand.

Schöneweide. Montagabend 8 Uhr **Mitgliederversammlung** im Gesellschaftshaus, Vorraum des Gen. Gustav Ernst: Die Gründungsfeier des Wiedereinigungsamtes. — Stellungnahme zum Partei- und Vereinsangelegenheiten. — Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen erwartet. D. B.

Verband der Maler: Lackierer, Anstreicher etc.

Filiale Leipzig. Bureau: Gerberstraße 1, III., Zimmer 80. Geschäftsstunde: 11-1 Uhr mittags u. 1.5-1.7 Uhr abends. Sonnabends von 8-9 Uhr.

Mittwoch, den 30. November, abends 7 Uhr im Volkshaus (Gesellschaftssaal), Zeitzer Str.

Große Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kostenbericht vom III. Quartal.
2. Das Ergebnis unserer Lohnverhandlungen.
3. Beschlussfassung über die Erhöhung des Lofalbeitrages. Einen starken Besuch dieser äußerst wichtigen Versammlung erwarten. Die Filialverwaltung. Mitgliederbücher sind am Saatengang vorzulegen.

Deutscher Werkmeister-Verband

Sitz Düsseldorf
Geschäftsstelle: Leipzig, Inselstraße 5 — Telefon 7587.

öffentliche Versammlung

Dienstag, den 29. November 1921, abends 7 Uhr im Seiffeneller, Leipziger Blasewitz, Karl-Heine-Str. Kollege Steigmalter-Barmon spricht über: Welche Aufgaben stehen uns bevor?

Anschließend freie Aussprache. Jeder Werkmeister, Kaufmännische und technische Angestellte muss erscheinen.

Kousen Sie schon jetzt Ihren

Weihnachts-Bedarf

an Zigarren, Zigaretten und Rauchtabaken

Vorzügliche Qualität, reelle Preise

Zigaretten von 20 Pfg. an

Spezialität:

Zigarren — Hamburger Fehlfarben

Java - Brasil - Zigarren von 80 Pfg. an 1.- 1.20 1.80

Rohr's Tabak-Zentrale

Leipzig Bayersche Str. 42. Inh. Rudolf Rohr

Hilfe den Angeklagten

Schutz den Vorbestrafen

in allen Fällen durch den

Rechtsschutzverband der Vorbestrafen (E. V.)

(Sitz Berlin)

Vertretungen in Straf- und Zivilsachen. Ehescheidungen, Verhütung von Offenbarungen usw. Aufnahme neuer Mitglieder täglich. Rat und Auskunft kostenlos. In Haff befindliche Personen wollenstets das Urteil oder anderes Gerichtspapier ihrem Schreiben nebst Rückporto befügen.

Sekretariat für Leipzig, Kurprinzstr. 3, I.

Sprechst. 11-1, 3-6

Ferd. Fischer's beliebte Uhren-Reparatur-Anstalt
empfiehlt ihr großes Lager an Uhren und Schmuckwaren zu alten billigen Preisen. Reparatur mit Jahr Garantie. Inhaber: Hans Noldert. Nur 10 Tauchaer Straße 10.

Skafspieler finden ab 2 Uhr. W. Schäfer, Berliner Str. 26.

Güntheritz. Dr. med. Viktor Lehmann prakt. Arzt Kassenarzt für sämtliche sächs. u. preuß. Kranken. Sprechstunden: 8-10 vorm. u. 5-6 nachm. im Gasthaus Fürst Blücher.

Telephonisch können Inländer nicht angenommen werden. Gedächtnis d. Leibes. Holzglocke.

Dienstag, 29. November, abends 1½ 6 Uhr
in der Textilhalle am Königsplatz

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

Ortsverein Alt-Leipzig USPD.

Dienstag, den 29. November, abends 8 Uhr, im Volkshaus

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Parteilage und zur Reichsfrauenkonferenz.
2. Delegiertenvorschläge.
3. Stellungnahme zur außerordentlichen General-Versammlung (Nachwahl des Vorsitzenden, Beitragserhöhung, Anträge).
4. Vereinsangelegenheiten.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht das Erscheinen aller Mitglieder, insbesondere der Genossinnen, nötig. Mitgliedsbuch mitbringen. — In der Versammlung ist Gelegenheit zum Bezahlung der Beiträge. Der Vorstand.

Taucha. Große öffentl. Wählerversammlung

im Goldenen Löwen.

Reichstagsabgeordneter Arno Bruchardt

Vortrag über

Die Gemeinderatswahl.

Freie Aussprache.

Der Saal ist gut geheizt. — Alle Einwohner und Wähler sind eingeladen.

Das Wahlkomitee der U. S. P.

Bauarbeiter-Verband

Telefon: 3407. **Belegschaftsverein Leipzig.** Telefon: 3407.

Bureau: Gerberstraße 1, III (Hotel Victoria), Zimmer 86-87.

Geschäft von 9-1 und 4-5½ Uhr, Sonnabends von 8-1 Uhr.

Achtung, Baudelegierte.

Mittwoch, den 30. November 1921, abends 6 Uhr

Versammlung

im Volkshaus, Nebensaal, rechts.

Tagesordnung: 1. Regelung der Fragen. 2. Umschulungsfrage im Baugewerbe.

Der Vorstand.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Leipzig).

Dienstag, den 29. November 1921, abends 6 Uhr, im Pantheon

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kostenbericht. 2. Kartellbericht. Erhöhung der Kartellbeiträge. 3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Wir erwarten rege Beteiligung.

Alpezo

Moderne und geschmackvolle

Drucksachen

für jeden vor kommenden Gebrauch werden schnellstens gefertigt.

Der neuzeitlich eingerichtete Rotationsbetrieb ist befriedigend geeignet zur Herstellung von Prospekt-Mappenauflagen

Leipziger Buchdruckerei

Aktiengesellschaft

Tauchaer Straße 19/21

Fon 4596

Ohne Fleisch

bereiten Sie mit Alpezo-Kraft-Extrakt

eine fröhliche Mahlzeit. Kleine 1 Kilo enthaltend 8.00 M. Sehr Sparvom im Gebrauch.

Eine Tasse fröhliche Brühe wird täglich an jedermann gratis verabfolgt in der Marthalle Galerie Stand 98

Alpezo

Meinen lieben Pölsings die besten Glückwünsche zur Silberhochzeit!

Elsa Pölsing

Artur Siegel

grüßen als Verlobte. Raten einmal.

Hilfe den Angeklagten

Schutz den Vorbestrafen

in allen Fällen durch den

Rechtsschutzverband der Vorbestrafen (E. V.)

(Sitz Berlin)

Vertretungen in Straf- und Zivilsachen. Ehescheidungen, Verhütung von Offenbarungen usw. Aufnahme neuer Mitglieder täglich. Rat und Auskunft kostenlos. In Haff befindliche Personen wollenstets das Urteil oder anderes Gerichtspapier ihrem Schreiben nebst Rückporto befügen.

Sekretariat für Leipzig, Kurprinzstr. 3, I.

Sprechst. 11-1, 3-6

Ferd. Fischer's beliebte Uhren-Reparatur-Anstalt
empfiehlt ihr großes Lager an Uhren und Schmuckwaren zu alten billigen Preisen. Reparatur mit Jahr Garantie. Inhaber: Hans Noldert. Nur 10 Tauchaer Straße 10.

Güntheritz. Dr. med. Viktor Lehmann prakt. Arzt Kassenarzt für sämtliche sächs. u. preuß. Kranken. Sprechstunden: 8-10 vorm. u. 5-6 nachm. im Gasthaus Fürst Blücher.

Telephonisch können Inländer nicht angenommen werden. Gedächtnis d. Leibes. Holzglocke.

Skafspieler finden ab 2 Uhr. W. Schäfer, Berliner Str. 26.

Dienstag, 29. November, abends 1½ 6 Uhr

in der Textilhalle am Königsplatz

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

Infolge grosser Ausdehnung meines Geschäfts verlege ich meinen Betrieb ab heute nach den erweiterten Räumen.

Universitätsstraße 2

Ecko Grimmische Straße Ich bitte meine geehrte Kundenschaft und Geschäftsfreunde um gell. Kenntnahme hier von und sichere allen mich beeindruckend qualifizierte und beste Bedienung zu.

Curt Schulze, Grosshandlung

Textil-, Kurzwaren, Bijouterie, Händlerartikel, Neuheiten (Handelsgerichtlich eingetragene Firma) Fernsprecher 18364 Bisher Konstantinstraße 2

ECHTE Waltherius Hienfong-Essenz
extra stark! feinst. Kraut dest. u. Zus. v. östl. Ol. 12 Fl. M. 30. b. 30 Fl. M. 75 fr. u. inkl. Herstell. Lab. E. Walther, Halle S.-Trotha 105

Familien-Nachrichten

Unseren lieben, langjährigen Parteigenossen **Fritz Pölsing und Frau** zur Feier ihrer heutigen SILBERHÖCHZEIT die HERZLICHSTEN GLÜCKWUNSCHEN! Die Funktionäre der U. S. P. D. von Leipzig-Volkmardorf.

Am Sonnabend, dem 26. November, erlöste der Tod unsern lieben Mitarbeiter, den Lagerhalter Herrn

Richard Krieger

von einem heimlichen Leiden. Der Verkörperte war seit 1891 in der Gemeinschaft tätig und hat während dieser langen Zeit nur im Interesse des Vereins gearbeitet. Treue Pflichterfüllung sowie sein offener und ehrlicher Charakter sicherten ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken.

Leipzig-Plagwitz, den 28. November 1921 Die Gesamtverwaltung und das Personal des Konsumvereins L.-Plagwitz u. Umg. E. G. m. b. H.

Statt Karren! Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Frau, unserer guten Mutter und Schwiegermutter, Frau

Minna John geb. Winkler sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Herzlichen Dank Herrn Pastor Burkhart für die trostreichen Worte am Grabe sowie meinen Arbeitskollegen für die Trauhand. Das alles hat unsern Herzen wohlgetan. Dir aber, liebe Entschloßene, rufen wir ein "Auge hast" in die Ewigkeit nach.

In tiefer Trauer Friedrich John nebst Angehörigen.

Hierdurch zur traurigen Nachricht, daß unter lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Zigarrenmacher

Johann Karl Stopp

im Alter von 82 Jahren 7 Monaten nach kurzer Krankheit sonst entschlafen ist.

L.-Connewitz, Röhmäckerstraße 13, I.

Alfred Stopp nebst Frau

Artur Stopp nebst Frau

Emma verw. Sänger geb. Stopp

Laura Schwalbe geb. Stopp

Max Schwalbe nebst Enkelkindern.

Das Begräbnis findet am Dienstag, den 29. November, nachmittags 1½ 4 Uhr, Johannisthelfer statt.

Aller herzlichsten Dank für die liebenolte Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen

</

Leipziger Delegierten.

Leipzig, 28. November.

Parlamenteleghenheiten.

Achtung, Delegierte zum Parteitag!

Das Komitee für die Unterbringung der Parteitagsdelegierten hat für ausreichend Privatwohnungen für die Delegierten Sorge getragen.

Wir bitten nun uns Namen und Wohnort der gewählten Delegierten rechtzeitig mitzuteilen, damit dieselben Parteitagsdelegierten, die von uns die Vermittlung der Wohnung wünschen, eine solche zugewiesen erhalten, und damit der Wohnungsinhaber der Zeiten verständigt werden kann.

Bei der Anmeldung ist gleichzeitig anzugeben, ob auf Hotel oder Privatwohnung Zimmer mit einem oder zwei Betten reserviert wird. Einige Wünsche auf Zusammenwohnen mehrerer Delegierten werden soweit wie möglich berücksichtigt. Anmeldungen sind an das Bezirksparlamentelektariat Leipzig, Tauchauer Str. 19/21, d. H. des Parlamentelektärs Karl Schrörs, zu richten.

Bezirksleitung der USPD. Leipzig.

(Partei! Wer werden um Abdruck gebeten.)

Funktionäre und politische Obmänner der USPD. Groß-Leipzig.

Dienstag, den 29. November, nachmittags 5 Uhr, wichtige Zusammenkunft im Volkshaus, Gesellschafts- und Mittessaal. Tagesordnung: Die letzten politischen Ereignisse. Referent: Genosse Seeger.

Mitgliedsbuch: Junktizertifikate als Legitimation vorzeigen.

Ortsverein L. Silliz. Donnerstag, den 1. Dezember, abends 1/2 Uhr, im Pantheon, Beginn der Diskussionsabende. Vorgesehen ist ein Vortragslukus vom Genossen Paul Seiffert über das Arbeitsrecht in Verbindung mit Bürgerkunde. Da auch Anleitungen zur Herabstufung von Arbeitern gegeben werden, wird erwartet, dass sich die Genossinnen und Genossen zahlreich daran beteiligen.

Alle noch in Besitz der Genossen befindlichen Eintrittskarten für 3. Dezember (Hans-Sachs-Abend), die nicht mehr abgesetzt werden können, müssen sofort an Gen. Große zurückgegeben werden.

Mosau. Mittwoch Kinderstücke in einem gehobten Lokal Treffen 1/2 Uhr in der Hermannstube.

Die Spielleiterinnen.

Kinderhochkommission Westbezirk. Mittwoch, den 30. November, abends 1/2 Uhr, Sitzung in der Bibliothek, Merseburger Straße 43.

Mieteingangsamtsbeihilfe Leipzig-Stadt und Umtohauptmannschaft. Dienstag, den 29. November, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104. Neuherbst wichtige Tagesordnung. Jeder Besitzer muss erscheinen.

Achtung, Zeitungskommission der USPD. Groß-Leipzig! Dienstag, den 29. November, abends 1/2 Uhr, wichtige Sitzung im Volkshaus, Café.

Die Armenpfleger, die der USPD. angehören, treffen sich Dienstag, den 29. November, abends 7 Uhr, zu einer wichtigen Beprechung im Volkshaus, Zimmer 5. Das Mitgliedsbuch als Ausweis mitbringen.

Die Baupläne des Rates.

Der Rat schreibt den Stadtverordneten:

Die Wohnungsnot hat im Laufe dieses Jahres eine weitere Verschärfung erfahren. Am 1. April 1921 waren beim städtischen Wohnungsnochwuchs rund 9500 wohnungssuchende Familien vorgenommen. Am 1. Oktober betrug diese Zahl 11 700, wovon 4000 so notdürftig untergebracht sind, dass ihnen baldigst eine Wohnung zugewiesen werden muss. Dabei sind Tausende junger Ehepaare nicht mit gerechnet, die in unserm Wohnungsnochwuchs gar nicht vorsprechen, weil sie von vornherein wissen, dass sie keine Aussicht haben, eine Wohnung zu erhalten. Angesichts dieser Not muss es die Stadt als ihre Aufgabe betrachten, auch im kommenden Jahre, soweit es in ihren Kräften steht, wieder neue Wohnungen zu bauen. Außerdem sind die Mittel der Stadt zur Zeit außerordentlich in Anspruch genommen. Es müssen daher bei der Ausstellung eines neuen Bauprogramms alle Möglichkeiten, wirtschaftlich und sparsam zu bauen, ausgenutzt werden.

Bauprogramm 1922/23.

Bei der Bearbeitung der Vorschläge für das neue Bauprogramm haben wir uns von dem Gedanken leiten lassen, dass, wie die Verhältnisse heute liegen, unter Inanspruchnahme möglicherweise geringer Mittel möglichst viele Wohnungen hergestellt werden müssen. Wir sind deshalb insbesondere von folgenden Gesichtspunkten ausgegangen: Das Bauprogramm muss sich auf die Ausführung von wenigen Baukomplexen beschränken, damit eine Zersplitterung der Arbeitskräfte vermieden und ein rationelles Arbeiten ermöglicht wird. Aus Gründen der Sparsamkeit kann die eins- und zweigeschossige Bauweise nicht mehr in dem bisherigen Umfang angewendet werden. Wir müssen vielmehr, wenigstens für die nächste Zeit, nur vier- und fünfgeschossige Häuser bauen. (?)

„Frühzeit“.

Eine Proletenautobiographie.

Von Oskar Maria Graf.

Nachdruck verboten.

Ich lag vollkommen dumm auf meinem Strohlaß und sah gar nichts. Nur, dass wir diesmal feiste Straßen bekamen, leuchtete mir ein.

„Das wird uns teuer zu stehen kommen,“ wetterte der kleine Kraftfahrer drohend, „uns allen, nicht bloß euch allein!“

Peiperl stand auf einmal auf und sagte fast resolut: „Ich las mich einfach versetzen. Hier werde ich nie Unteroffizier!“ und verschwand.

„Wir sind von jetzt ab alle unten durch, sag' ich,“ schimpfte der ältere Kraftfahrer in seinem nördlichen Wiener Dialekt: „Und überhaupt, so was tut man doch einfach nicht, wenn man weiß, dass die andern Kameraden auch darunter zu leiden haben.“

Mittags gab es großen Krach, und bei dieser Gelegenheit bewies der Major zum erstenmal meine geistige Berechnungsfähigkeit, indem er drohend nahe an mich herantrat und sagte: „Das ist ja, als ob sich ein Irrenhäusler ins deutsche Heer eingeschmissen hätte. Da haben wir schon den Rechten mitbekommen!“

Vor der Befreiung befand ausgerechnet 27 Tage Mittelarrest. Wegen einer Kleinigkeit erhielt der Diener des Majors noch drei Tage Strengengen dazu. Kurz darauf ging es nach Gumbinnen, dann nach Löwen ins Hauptquartier Hindenburgs, und endlich landeten wir in Markgrabow, hart an der Grenze. Schon in Gumbinnen hatte sich unser Stab bedeutend erweitert. Preußische Soldaten kamen hinzu, ein Bureau wurde eingerichtet, und in Löwen waren wir bereits 17 Mann. Der Adjutant wurde gewechselt, und ein Leutnant aus München mit einem neuen Diener kam an. Der Wiener Kraftfahrer wurde abgelöst und ein biederer Mannheimer trat an seine Stelle. Es war Sommer. Man konnte baden, und Dreier und ich hatten fast nichts zu tun. Da der Leutnant ganz selten austrat, setzte ich mir jeden Morgen seinen Fuß und durchtritt bis Mittag die Gegend. Den Offizier

schieltlich müssen wir auf eine Normalisierung der Grundrisse auskommen. Dabei haben wir ins Auge gefasst, auch eine Anzahl kleiner, nur aus einem Zimmer und Wohnküche bestehender Wohnungen zu schaffen, wobei darauf Bedacht genommen werden soll, dass diese Wohnräume im Bedarfsfall später zu andern Wohnungen hinzugeschlagen werden können.

Aus diesen Erwägungen heraus haben wir uns bei der Zusammenfassung des Bauprogramms auf sechs Baupläne beschränkt, und zwar wollen wir in erster Linie die gemäß dem Bauprogramm für 1921/22 schon in Angriff genommenen Baublöcke an der Gröperstraße (Bederstraße), an der Saalfelder Straße und an der Preußenstraße weiter bebauen und die Siedlung Mosau fertig bauen.

Neu in Angriff genommen werden soll das im Besitz der Stadt und des Johannishospitals befindliche Gelände im Bauungsbereich 48a in Neudorf.

Schließlich soll mit Rücksicht darauf, dass dazu ein besonderer Zuschuss von einer Million Mark zur Verfügung gestellt worden ist, den wir der Stadt nicht entgehen lassen möchten, auf dem Landesweitlich des Gutshofes die Siedlung Gohlis-Nord errichtet werden. Sie soll nach den von Ihnen bereits genehmigten Plänen für die Häuser an der Tabaksstraße gebaut werden. Die Häuser sollen der Siedlungs-Genossenschaft Gohlis-Nord durch deren Vermittlung uns der Sonderauschuss gewährt wird, in Gebiete überlassen werden, aber im Eigentum der Stadt verbleiben.

Ferner wollen wir für die Gartenverwaltung im Alberpark ein Dienstwohngebäude bauen. Es hat sich als schwerer Mangel erwiesen, dass in dem im Alberpark befindlichen Häuschen der 11. Garteninspektion nur Diensträume untergebracht sind. Da das Dienstgebäude und der damit verbundene Geräteraum außerhalb der Dienststunden leerstehen, bedarf es einer dauernden Bewachung dieser Räume durch besondere Wächter, wodurch jährlich über 32 000 M. Kosten entstehen. Es würde für den Schutz der Parkanlagen sehr vorteilhaft sein, wenn ein Angestellter der Gartenverwaltung dauernd inmitten der Anlagen seinen Aufenthalt hätte.

Die Siedlungen Mosau und Gohlis-Nord und das Haus im Alberpark werden in Flachbau errichtet, alle übrigen Wohnungen in vier- und fünfgeschossiger Bauweise. Ausgesamt werden 549 neue Wohnungen geschaffen. Für die Häuser, die wir an der Gröper-, Saalfelder und Preußenstraße und in Neudorf bauen wollen, haben wir drei Normalgrundrisse aufgestellt, worüber die nachfolgenden Zeichnungen näheren Aufschluss geben.

Das Bauprogramm, das wir hier nach für 1922/23 aufgestellt haben, zeigt folgendes Bild:

Bauplatz	Satz der Wohnungen	Gesamt der Wohnungen				Eingeschlossene
		1 Stunde u. Stücke und halbe	2 Stunden	3 Stunden	4 Stunden und ältere	
Großerstraße	80	24	56	—	—	—
Saalfelder Str.	106	20	176	—	—	—
Preußenstraße	80	20	44	12	4	—
Neudorf	136	8	72	56	—	—
Mosau	40	—	—	—	—	40
Gohlis-Nord	16	—	—	—	—	16
Alberpark	1	—	—	—	—	1
	549	72	348	68	4	57

Diese 549 Wohnungen werden nach unseren Berechnungen im Durchschnitt je 105 000 M. kosten, ges. also 57 645 000.— M. hier von ab der Dauervertragswert (549 × 15 000) = 8 235 000 M. und die normalen Zuschüsse aus dem Überwerftsfoonds A (Höchstbetrag für eine 70 qm große Wohnung nach den bisherigen Sätzen) = 16 056 800,— 25 191 800.— so dass ungedeckte Bauosten in Höhe von 32 458 200.— M. verbleiben.

Soweit die Ratsvorlage. Sie steht natürlich bei den Stadtverordneten zur Beratung, wo sie noch manche Abänderung erfahren wird. Ob die Stadtverordneten dem Bau von fünfgeschossigen Mietstafetten nach Einzeltypen zustimmen, erscheint von vornherein fraglich.

Wie in Leipzig der Wohnungsnol geseiuert wird

das zeigt folgende, an die Stadtverordneten gerichtete Eingabe:

Den Herren Stadtverordneten zu Leipzig möchte ich folgenden Fall zur Kenntnis geben und das Kollegium ersuchen, hierüber beim Rat vorstellig zu werden:

Am 6. April 1921 wurde im Hause Arndtstraße 8, Besitzer Frau Superintendent Groboc, das 1. und 2. Stockwerk seitens des Wohnungspflegamts beschlagnahmt und mit Zwangseinquartierung belegt. Die Stadt übernahm die Renovierung der Wohnung und die Ausstellung von Rückendiensten u. w.

Am 17. November wurde den beiden Wohnungsinhabern, die für die zwei höchst mangelhaften Dreizimmer-Wohnungen je 2000 M. jährlich Miete zahlen sollen, gekündigt. Auf dem Wohnungspflegamt wurde als Hauptgrund angegeben, dass die Bewohnerin des Hauses der Stadt zu viel Schwierigkeiten mache und sie deshalb von der Zwangseinquartierung befreit werden sollte.

Ich frage hiermit an, wie das Wohnungspflegamt diese Maßnahme bei rund 12 000 Wohnungssuchenden veranlassen kann, nachdem erst in der letzten Sitzung der Stadtverordneten versichert worden ist, dass man mit der Beschlagnahme von Wohnungen schart vorgehe. Wie reagiert man darüber die unzähligen verbrauch-

zieren will ich möglichst aus. Kam es aber trotzdem vor, dass ich ihnen begegne, so gab es meistens Antrepler. Ich war „unten durch“, ganz und gar. Ich ließ mich überhaupt nicht mehr sehen. Aus Angst befürchten meine Kameraden den Dienst für mich.

In Markgrabow erkrankte ich an Ruhr, wurde zur Krankenstation eingeliefert und von da aus ins Lazarett Goldapp.

Da ich jede Medizin verwiegte, drohte der Arzt mit einem Wiederantritt in die Front, was mir sehr erwidert gewesen wäre. Hals-gesundheit musste ich mich bei der Etappen-Kommandantur melden.

„Wo gehören Sie hin?“ fragte der dienstviele Leutnant dort.

Ich nannte meine Formation. Der Mann hielt sich die Ohren zu: „Ihre Truppe ist längst in den Karpathen. Wo liegt Ihr Etappen-Kommandant?“ „In München!“

Ich bekam einen Schein und fuhr mit dem nächsten Zug der Heimat zu. Die Reise ging durch Berlin. Ich stieg aus und wollte meine Freunde besuchen. Jung war an der Front, die beiden Brüder Dehning ebenfalls. Nur Kläre, die Freundin Richards, traf ich. Sie besorgte mir eine Unterkunft. Ich blieb drei Tage. In dieser Zeit suchte ich einmal Dehnings Vater, den Telegraphendirektor, auf. Als war er geworden, sehr alt. Er öffnete die Tür weit und empfing mich mit einem warmen Handdruck,führte mich ins Wohnzimmer und brachte Essen und Zigaretten. Allerdings Neues über meine Freunde erfuhr ich von ihm. Alfred Lichtenberg war gefallen. Fritz Dehning gefangen. Trüblichlich der alte den Kopf hängen.

„Ja, dieser Krieg,“ sagte ich.

„Dieser Krieg,“ fiel er mir ins Wort, „er hat das Wesenhaft verändert.“ Er wird die deutsche Jugend falschen. Und einmal stand er groß da und schwang wie einstmals die beladenen Arme: „Das Schicksal macht uns froh! Viel Feind, viel Ehre! Unsre Herzen in der Heimat pulsieren bis zum letzten Schluss für unsre läufernde Jugend, die draußen steht mittin Schlag und Sieg!“ Er begann zu zittern, Tränen flossen über seine Wangen, drückte mir innig die Hand und reichte mir einen Badestoff Havanna. „Tapferer Krieger,“ sagte er, „nehme Sie diese kleine Liebesgabe als bescheidenen Dank für Ihren Heldenmut,“ und seine Stimme stieg in ein gerührtes Vibrieren,

ein Mittel, die aus der Tasche der Steuerzahler liegen, und welche Wirkung glaubt man bei andern Haushaltern auszubüten, die an diesem Fall lernen können, wie sie ihre Zwangseinquartierung los werden?

Zu bitte das Kollegium, in diesem Sinne beim Rat vorstellig zu werden.

Hoffentlich greift der verantwortliche Dezernent gründlich durch.

Vor der Wahl — nach der Wahl.

Bekanntlich erlebte die USPD. in Sachsen eine Hinauschiebung der Stadtverordnetenwahlen in den Orten, die vor der Eingemeindung mit Vororten standen. Die bürgerlichen Parteien lobten, und die Leipziger Neuesten Nachrichten verhöhnten den bekannten Leidenschaften des Ministeriums des Innern als eine Lex Leipzig. Dabei stellt sich heraus, dass er auf Veranlassung Döbelns geschaffen worden ist. Die Leipziger Neuesten Nachrichten müssen nämlich jetzt gestehen:

Die Hinauschiebung der Stadtverordnetenwahlen bis 31. März 1922 zu genehmigen, ist hauptsächlich auf Veranlassung der bürgerlichen Kollegen von Döbeln betrieben worden. Da zum 1. April voraussichtlich die Einverleibung dreier Nachbargemeinden in die Stadt Döbeln erfolgt und den neuen Stadtteilen eine gemeinsame Wahl zum Eingemeindetermin zugestellt war, hätten vor Schluss dieses Jahres und zum 1. April Stadtverordnetenwahlen stattfinden müssen. Als Wahltag sind der 18. Dezember und der 26. März vorgesehen. Die Wahlen am 18. Dezember würden nunmehr ausfallen und die Aufrüttungen und Kosten zweimaliger Wahlen entfallen.

Diese Einsicht kommt den Leipziger Neuesten Nachrichten erst nach der Wahl in Leipzig. Vor der Wahl erkennt man die Rücksicht in der Hinauschiebung der Wahl. Die Leipziger Neuesten Nachrichten bedienen damit wieder einmal, mit welch niedriger Demagogie sie gegen die USPD. kämpfen.

Karlosselausgabe an bedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

An bedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene werden Karlossen, und zwar ½ Rentner auf den Kopf der Familie zum Preise von 20 M. für den ½ Rentner ausgegeben.

Anspruchsberechtigt sind zunächst:

Kriegsblinde, Kriegsbeschädigte, die vom Ortsamt für Kriegsfürsorge Kriegsleihenzulage bezahlen, die für die in Leipzig wohnenden Familienmitglieder, und andie Kriegsbeschädigte, soweit sie nicht im Erwerbsleben stehen oder soweit ihr Arbeitsverdienst über den Satz der Erwerbslosenunterstützung nicht hinausgeht; ferner Kriegshinterbliebene, denen Ausweisarten des Ortsamtes über die Zahlung der Teuerungszuschüsse ausgestellt worden sind, und Kriegsleiter, die widerrufliche Zuwendung oder Kriegsleitergeld beziehen.

Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen,

dem Haushaltssatzung für das Malergewerbe wieder eine größere Anzahl erwerbsloser Männer eingetragen, für die im Falle der Beschädigung bei Instandsetzungsarbeiten an Grundstücken pro Tagewerk 32 Mf. Zuschuss gegeben werden kann. Wenn auch unter den jetzigen Witterungsverhältnissen Abzug und Anstricharbeiten im Freien nicht zur Ausführung kommen können, so können aber innere Instandsetzungsarbeiten an Grundstücken (z. B. Worrichtung von Treppenhäusern, Herstellung von Wohnungen, Fenster- und Türenarbeiten, Streichen von Fußböden usw.) unabdinglich vorgenommen und dazu Zuschüsse gegeben werden, selbst dann wenn auch die Mieter zur teilweisen oder gänzlichen Tragung der Kosten herangezogen werden sollten. Voraussetzung ist nur, daß ein Erwerbsloser mindestens 6 Tagewerke in dem fraglichen Grundstück beschäftigt wird. Die Frist zur Beendigung der Arbeiten ist vom Ministerium des Innern auf den 31. Dezember 1921 festgesetzt. Anträge sind nach wie vor beim Arbeitsamt II, Gerberstraße 3, Zimmer Nr. 20, unter Einreichung von Kostenanschlägen anzubringen, wo auch jede weitere Auskunft — Telefon 15 179-71 — gern erzielt wird.

Gestorff Richard Krieger gestorben. Die Reihen der alten Kämpfer aus sozialistengleichlicher Zeit lichten sich mehr und mehr. Freitag nacht verstarb im Alter von 65 Jahren an den Folgen eines Magenleidens Gestorff Richard Krieger in Kleinzschocher. Die Partei verlor in ihm einen treuen unermüdlichen Kämpfer, der nicht nur in der Zeit des Sozialistengesetzes in nordöstlicher Reihe für die Interessen des Proletariats wirkte, sondern auch in späterer Zeit bis zum Jahre 1920 organisatorisch besonders in der Kleinarbeit tätig war. Auch materiell griff er oft helfend ein, ohne wissen zu lassen, wem half. In seiner Berufsausbildung sowohl wie im Ortsverein Kleinzschocher, dessen Vorstand er bis zum vorigen Jahre angehörte, ersteute er sich infolge seines verschiedenen Wesens allgemeiner Achtung. Schmid von Beruf, hatte er bald, weil er die Interessen seiner Parteigenossen vertrat, die Willkür seiner Vorgesetzten erfahren müssen. Er wurde dann Lagerhalter im Konsumverein Plagwitz, und hatte 32 Jahre treu und redlich bis zu seinem Ende das Vertrauen gerechtfertigt, das damals in ihn gesetzt wurde. Unserer Partei sowie auch seiner gewerkschaftlichen Organisation war er ein immer hilfsbereiter Berater, ein zäher Kämpfer, dem wir Dank schulden für seine reichlich geleistete Arbeit. Als ein Vorbild von Treue und Kampfesfreudigkeit wird die Partei das Andenken des braven Genossen in Ehren halten. Seine Einäscherung erfolgt Dienstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Südfriedhof.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 30. November, abends 8 Uhr, statt. Das Kollegium wird sich mit dem Haushaltssatzung beschäftigen. Außerdem wird es beraten über die Rückführung des Rates wegen der Erhöhung der Gas- und Wasserpreise, über Erhöhung der Bildertaxe, über die Bestimmungen betr. die Beleuchtung der Treppen und Höfe in bewohnten Gebäuden, über die Bewilligung weiteren Berechnungsgeldes zum Anlaufe von Speisekartofeln, eine Eingabe wegen des Betriebskantals zu Anlaufen von Gemüse, Obst, Kartoffeln, über die Gewährung von Baukostenzuschüssen an die Chemnitzer-Baugenossenschaft Leipzig, e. G. m. b. H., zur Errichtung weiterer 27 Wohnungen am Windmühlenweg, über das Wohnungsbauprogramm für 1922/23, über Erhöhung der Verpflegungssätze der städtischen Krankenhäuser, über die Erhöhung der Sonderentschädigung an die Theaterarbeiter.

Zuweisung von Wohnungen. Der Rat schreibt uns: Wohnungen werden nur solchen Wohnungsbuchenden zugewiesen, die als wohnungsberechtigt anerkannt sind. Die Zuweisung von Wohnungen an sie erfolgt, soweit nicht einzelne Fälle besonders behandelt werden müssen, nur nach Maßgabe des Zeitpunktes der Antragstellung. Zu diesem Zwecke wird jedem Wohnungsberechtigten die Nummer mitgeteilt, unter der er in die beim Wohnungsnachweis geführte Liste eingetragen ist. Zunächst können nur solche Familien Wohnungen zugewiesen erhalten, die die Nummern 1 bis 1200 erhalten haben. Sobald höhere Nummern verblüfflich werden können, wird dies durch Anschlag an den Geschäftsräumen des Wohnungsnachweises bekanntgegeben. Vermieter und Mieter werden ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Wünsche auf vorzeitige Verlängerung unbedingt abgelehnt werden müssen.

Kennzeichnung der Posthalter. Um die Posthalterbesucher mehr als bisher in den Stand zu setzen, den gefürchteten Schäler ohne Zeitverlust und Auskunftserschöpfung leicht auffinden zu können, hat die Postverwaltung, einer Anregung aus Verbandskreisen folgend, zunächst versuchsweise die Einführung getroffen, die Hauptposthalter größter Postanstalten gleichmäßig durch farbige Zettel mit kurzem Schwarzaufriss äußerlich zu kennzeichnen. Verwendet werden vorerst vier Zettel mit dem Aufdruck "Postzettel", "Einzahlungen", "Ausgabe" und "Telegramme", die oberhalb der Schalterfenster neben den blauen vorhandenen Schildern angebracht werden.

Neue Preiserhöhung für Zigaretten und Tabak. Nach einer Mitteilung des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller muß mit einer weiteren Erhöhung der Preise für Zigaretten gerechnet werden. Der Reichsverband stellt mit, daß derzeit die letzten vor etwa fünf Wochen erfolgten Erhöhung die Preise für Rohwaren usw. um etwa weitere 100 Prozent gestiegen sind, wodurch eine neue lehr erhebliche Erhöhung der bisherigen Preise für Zigaretten und Tabakerzeugnisse notwendig wird.

Erhöhung des Herzschonazos. Wie uns von der Wirtschaftlichen Vereinigung der Aerzte von Leipzig und Umgegend e. V. geschrieben wird, hat sich diese in ihrer letzten außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 23. November 1921 erneut mit der durch die unausfallbare fortwährende Teuerung geschaffenen Lage für ihre Mitglieder beschäftigt. Dabei kam zum Ausdruck, daß die in der Privatpraxis gezahlten Honorare noch vielfach hinter den Ansprüchen zurückbleiben, die die Aerzte mit Rücksicht auf ihre eigenen mindlestens verdreifachten Berufsaufwendungen stellen müssen, und es wurde deshalb beschlossen, daß das Mindesthonorar für eine Beratung in der Sprechstunde 20 Mf. und für einen Besuch in der Wohnung des Aerzen bei Tage 40 Mf. vertragt soll.

Das sächsische Sanitäts- und Krankentransportwesen. Am 1. 10. 21 ist ein Jahr verflossen, daß das Sanitäts- und Krankentransportwesen verstaatlicht und an den Betrieb der Berufsfeuerwehr angegliedert worden ist. In diesem Zeitraum sind 908 Unfälle und 6940 andre Krankentransporte ausgeführt worden. Mit den Krankenwagen wurde eine Wegstrecke von 84 252 Kilometern zurückgelegt. Auf den Rettungsstellen ist in 11 612 Fällen Hilfe geleistet worden.

Erhöhung der Eisenbahntarife. Amtlich wird uns geschrieben: Um die gewaltigen Mehrausgaben zu decken, die der Reichseisenbahnoberverwaltung aus der mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1921 einsetzenden Erhöhung der Gehälter und Löhne, sowie aus den aufs neue gestiegenen und noch weiter steigenden Preisen für alle Bedarfslösse erfordert, ist eine weitere Erhöhung der Eisenbahntarife erforderlich. In Abeltracht der gebotenen Eile hat sich der Reichsverkehrsminister entschlossen, am 1. Dezember dieses Jahres eine allgemeine 50 prozentige Erhöhung der zur Zeit geltenden Tarifsätze des Güter- und Tierverkehrs einzutreten zu lassen. Die Tarif erhöhung wird zunächst in der Form durchgeführt werden, daß den gegenwärtig geltenden Frachträgen gleichmäßig 50 Prozent zugeschlagen werden. Es ist jedoch bedachtigt, die neuen Zuschläge einschließlich der seit der Tarifreform vom 1. Dezember 1920 durchgesetzten Tarif erhöhungen mit großer Geschwindigkeit organisch in die Güter- und Tiertarife einzuarbeiten, wobei insbesondere auch die weiteren Entfernungen durch eine schärfere Abschaffung der Frachträume geschont werden sollen. Für den Personenverkehr bleibt es zunächst bei der bereits bekanntgegebenen Erhöhung von 30 Prozent zum 1. Dezember 1921.

Eine mittlere Erhöhung um 50 Prozent ist jedoch in Aussicht genommen.

Desinfektionsanstalt-Wäscherei. Das Gesundheitsamt schreibt uns: Am 1. Dezember 1921 wird in unserer Desinfektionsanstalt Helmhainer Straße 129, eine Dampfwäscherei zur Desinfektion und Reinigung von Krankenwäsche und durch Angestellte usw. verunreinigte Wäsche in Betrieb genommen. Auch Privatpersonen können Krankenwäsche jeder Art zur Reinigung gegen Bezahlung dort abgeben. Die Wäsche kann vorläufig über nur zentralen Trocken zugeleitet werden. Die Anlieferung und Abholung der Wäsche kann wochentags zwischen 3 und 15 Uhr geschehen. Sie wird aber auch auf Bestellung (Fernsprecher 2270) durch Geschäftsräger Bezahlung abgeholt und zurückgebracht.

Gilt Oppau. Die vom Hilfsausschuß in die Wege geleitete Sammlung für Oppau ist unter dem 25. November 1921 abgeschlossen. Das Gesamtergebnis beträgt 888 520,24 Mf.

Leipziger Einbrecher in Weimar verhaftet. Wie aus Weimarer meldet wird, gelang es der dortigen Polizei, vier Personen, die fürschlich in Leipzig mit Einbrüchen für über 40 000 Mf. Beträgen gesucht wurden, und mit der Beute nach Weimar gefahren waren, zu verhaften. Es handelt sich um drei Männer und eine Frau Person; zwei der ersten stammen aus Leipzig.

An die Unabhängige der westlichen Schule des 41. Volksschule, Hinterstraße 7. Der Vorstand des Christlichen Elternvereins fordert die Eltern der Schule durch Handzettel besonders zu der am 20. November, abends 18 Uhr, stattfindenden Elternversammlung auf. In der Versammlung wird über das Reichsschulgesetz gesprochen werden. Referent für das Reichsschulgesetz ist der Vertreter des Kapitels Prof. Dr. Gerhard Werner. Referent gegen dieses Schandgesetz ist der Lehrer Walter Kluge.

Eltern! Lasset euch die Schulen nicht zerreißen. Seht auch die den westlichen Unterricht ein.

Die Vertreter der westlichen Schule.

Die Geschichtskontinuität und ihre Folgen. Dieser Auflärungsfilm, der durch örtlichen Vogelvortrag erläutert wird, gelangt zur Aufführung: Heute, Montag, den 28. November, im Felsenkeller, Plagwitz; Dienstag, den 29. November, im Löwenpark, Lößnitz.

Die Vorträge beginnen abends 18 Uhr. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 2 Mf. erhoben. Jugendliche von 14—16 Jahren zahlen 2 Mf.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut Leipzig.

Die Sozialistische Proletarierjugend Alt-Leipzig veranstaltet Dienstag, den 29. November, abends 7 Uhr, im Gartenhaus des Volkshauses einen Vortragsabend: „Die Entwicklung in der Natur“. Es sind dazu alle Partei- und Jugendgenossen, insbesondere die Teilnehmer am Kursus „Naturentwicklung“ eingeladen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pf. erhoben.

Sozialistische Proletarierjugend Thonberg. Arbeitsgemeinschaft fällt Dienstag aus.

Gebenomittelskalender für Dienstag, den 29. November.

Für Haushalte.

Ausgabe. Rindfleisch (gute Qualität) für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegsversorgung ausgestellte Bezugskarten Buchstaben T—V von 9—3 Uhr auf dem Schloßhof gegenüber dem Schauamt II, rechts 1. Uhr. Münd 7 Mf. Es erhalten bis zu 8 Köpfe 2 Pfd., 4 und mehr Köpfe 3 Pfd. Fleisch. Papier mitbringen.

Polizeinachrichten.

Die Sächsische Arbeiterzeitung ebenfalls verboten.

Un Sitzes des durch Beschluss vom 22. d. M. auf 7 Tage politisch verbotenen Noten Kuriers ist seit dem 24. d. M. bis als angeblich neue kommunistische Tagzeitung Die Sächsische Arbeiterzeitung erschienen. Da diese Zeitung sachlich die Fortsetzung des Noten Kuriers darstellt, so gilt das Verbot des Noten Kuriers gemäß § 1 des Reichspräsidenten vom 28. 9. 1921 auch für diese Sächsische Arbeiterzeitung, so daß sie bis zum Mittwoch, dem 30. November 1921, nicht erscheinen darf.

Aus der Umgebung.

Bezirksoberbürger Grimma.

Dem Bezirksverband ist wieder ein Posten amerikanisches Weizenmehl zur Verteilung an die versorgungsberechtigte Bevölkerung des Bezirks zugewiesen worden.

Für die Anfang Dezember d. J. geplante Verteilung haben deshalb die Verkaufsstellen sämtliche Anmeldungen bis spätestens 3. Dezember unter Beifügung des mit dem Gemeindestempel versehenen Kopfbuchstabes der für die Zeit vom 26. September bis 25. Dezember d. J. geltenden Broschüre an die Getreidegeschäfte, welche die Bezirksverbandes nun einzureichen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß spätere Anmeldungen nicht berücksichtigt werden können, und daß den Verkaufsstellen nur soviel Mehl zugewiesen werden kann, als Kopftüte der Broschüre hier eingerichtet werden.

Den Broschürenthabern aber wird anheimgegeben, die Neuammeldung bei den Geschäften, von denen sie beliefert werden wollen, rechtzeitig und bis spätestens 1. Dezember d. J. zu bewirken, währendfalls sie Mehl von den Verkaufsstellen nicht erhalten können.

o-n. Gaußsch. Gemeinderatssitzung. Mitgeteilt wird u. a. die Festsetzung der Bezirkssteuer auf 228 841,60 Mf. Hiergegen soll Einspruch erhoben werden. Im Haushaltssatzung waren dafür 25 000 Mf. vorgesehen, die jetzt verlangte Summe, die außerhalb aller Berechnungen liegt, bringt den Haushaltssatzung vollkommen ins Wanken, zumal das Reich auch unter Gemeinden mit seinen Zahlungen im Etat läuft. Die Bestimmungen des Reichsrates über die Vergnügungssteuer werden in erster Beurteilung unverändert für die Gemeinde angenommen. Ebenso ein Nachtrag zur Gemeindesteueroordnung über die Erhebung der Zinnsatzsteuer beim Verkaufe von Grundstücken; der Verzwaage soll in Höhe von 15—50 Prozent erhöht werden. Die Neuregelung der Bevölkerung der Bezirkssteuer erfolgt nach den für die Staatsbeamten und Beamtenanwärter geltenden Bestimmungen. Das hierzu ausgestellte Ortsabzeichen sowie der entsprechende Beobachtungsplan werden annehmen. Beschlossen wird ferner, daß das Gemeindeamt sowie die Kassenstellen für den öffentlichen Verkehr ab 1 Uhr mittags zu schließen. Diese Maßnahme soll bewirken, daß während der übrigen Geschäftsstunden eine Erledigung aller Arbeiten stattfinden kann. Die Gemeinderechnungen sind geprüft und werden richtig gesprochen. Auf eine Eingabe des Mietervereins Döbeln-Gaußsch. betr. die Mietzahlung in den Gemeindegrundstücken auf den jeweiligen Boden zu stellen, wird mit Mehrheit beschlossen, bei allen Mietverträgen die freie Vereinbarung mit den Mietern zu lassen. Abgelehnt wird die Erhebung der Aufschlaf zur Einkommenssteuer für die Kirche durch die Steuererinhaltungsstelle der Gemeinde. Für die Schule soll ein gutes Instrument (Gillig) eingeschafft werden. Nach einem vorliegenden Gutachten empfiehlt es sich, von einem gebrauchten Instrument Abstand zu nehmen und zum Ankauf eines neuen zu schreiten. Für den Ausbau unfer Flugh. und Schwimmbades liegen eine Anzahl vom Ingenieur Nibel-Leipzig bearbeiteter Pläne vor, denen im Prinzip zugestimmt wird. Danach ist ein Wasserbedien in Größe von 320 Quadratmetern vorgesehen. Das Wasser wird einer Böschung untergezogen, um die Schlammabscheidung zu verhindern. Die sonstigen Einrichtungen sind so getroffen, daß die Anlage eines verhältnismäßig kleinen und modernen Lust- und Sonnenbäder der Leipziger Umgebung zu werden verspricht und unseren Einwohnern sicher eine willkommen und im Sommer gern benutzte Bademöglichkeit.

Wittenberg. Wahlbeteiligung 80 Prozent. Bürgerbund 5442 (4483), SPD. 2835 (8708), KPD. 652 (—). Gestern standen 14

Stimmen. Bürgerbund 10 Stimmen. Demnach entfallen 5 Sitz auf Bürgerbund, 1 auf KPD.

Görlitz-Wölkisch. Der Arbeiter-Stenographenverein "Vorwärts" Leipzig beabsichtigt Sonntag, den 4. Dezember, vormitig 10 Uhr, im "Schwarzen Ross" einen Anfängerkursus im System Gabelsberger zu beginnen. Die Kosten für diesen Kursus betragen 52 Mark und 5 Mark für Lehrmittel.

n. Hänichen-Quasny. Gemeinderatssitzung. Für den vorausen Posten eines Gemeindevorstandes für die beiden Gemeinden Hänichen-Quasny sind insgesamt 70 Gesuche eingegangen. Die Gesuchsteller sind zum Teil Gemeindevertreter, Gemeindeverwaltungsbeamte, Kommunalpolitiker, Rechtsanwälte, Kaufleute und verschiedene andere Berufe. Aus der engeren Wahl von 6 Herren, der 7. hatte kein Gesuch ausgeschlagen, wurde der Gemeinderatliche Herr Friedrich Pilzer aus Borsdorf gewählt.

Hänichen. Gemeinderat. Da der letzte Nachtrag zur Gemeindesteuer-Ordnung, die Zinnsatzsteuer betr. von der Amtshauptmannschaft nicht genehmigt wurde, wird ein neu aufgestellter Nachtrag in 1. Beurteilung genehmigt. Die Pension für die Hänchenerbliedene des verstorbenen Gemeindvorstandes wird festgesetzt. Auf Antrag erhalten verschiedene Gewerke zum Bau des heiligen Gemeindehauses Wölkisch. Die Entschädigung für den Gemeindearbeiter wird neu getroffen. Die Überstundenbezahlung der Beamten wird abgelehnt, da dieselben nicht gemeldet sind. Eine Sammlung zugunsten des Bundes der Auslandsoberdeutschen wird abgelehnt, da in leichter Zeit kleinere Gemeinden mit Sammlungen über schwemmt worden sind. Weiter nimmt der Gemeinderat Kenntnis von der Gaspreiserhöhung auf 1,70 Mark, von einem Brennholzangebot, das solches wird abgelehnt, von der Brillepreisernhöhung ab 21. 11. 1921 von der Neufestsetzung der Ortsteilsteuer durch die Amtshauptmannschaft und von den gewählten Bürgern für das Mittelsteuergesamt. Gleichzeitig wird die Entschädigung des Stellvertretenden Gemeindvorstandes und des Gemeinde-Nachsteins erhöht. Auf Antrag wird der Protokollant von seinem Amt entbunden. — Über die Entstehung des Feuers im Grundstück des Gutsbesitzers Franz Jacob hat nichts Positives festgestellt werden können.

Bautzen. Volksbücherei. Durch das Willgegenommen der Stadtbibliothek Büchershalle zu Leipzig ist die Volksbücherei Bautzen in die Lage gelegt, ihren Lesern nicht nur ihren elternreichen Bestand an belesender und schöner Literatur sondern auch die beleseren Abteilungen der Stadtbibliothek zugänglich zu machen. Danach können jetzt für eingetriebene Leser solche belesenden Bücher, die in Bautzen nicht vorhanden sind, in älterer Zeit aus den Büchershallen bezogen werden. Die Volksbücherei Bautzen, Hauptstraße 21, ist geöffnet: Montag, Mittwoch, Freitag nachmittags von 4—7 Uhr. Die Benutzung ist jedem erwachsenen Einwohner von Bautzen und Leipzig gestattet, bei der Anmeldung ist der Wohnungsmeldebuch vorzulegen.

p. Schleiden. Volksvorwahl in Bautzen. Am Donnerstag, dem 24. November, fand im Rathaus eine öffentliche Volksversammlung statt. Der Gen. Min. Berlin sprach über Sowjetrußland. Der Besuch der interessanten Versammlung ließ bedauerlicherweise zu wünschen übrig. In feierlicher Weise schieden der Referent die Grundtatsachen des Aufstandsbrechtes der Volksbewegung und ihrer Lehren und Anwendungswelt für die kommende soziale Umwälzung. Eins muß konstatiert werden, es war mit Sicherheit die erste Versammlung, die ohne Störung verlief. Die gewählten Kommunisten hörten andächtig die trefflichen Ausführungen des Referenten an. An der Diskussion beteiligten sie sich jedoch nicht.

Sächsische Angelegenheiten.

Weitere Gemeindewahlen in Sachsen.

Gestern haben wieder in einer Reihe sächsischer Gemeinden Wahlen stattgefunden. Es liegen vorläufig folgende Resultate vor:

Engelsdorf. Bei der gestrigen Gemeinderatswahl erhielten: USP. 228 Stimmen, 7 Vertreter, SPD. 327 Stimmen, 2 Vertreter, KPD. 229 Stimmen, 2 Vertreter, und der Bürgerliche Mischmasch 677 Stimmen, 4 Vertreter. Bei der Wahl 1919 erhielten die USP. 11 Vertreter und die Bürgerlichen 4 Vertreter. Die Arbeiterpartei hat ihren Bestand glänzend gewahrt. Es hat nur eine Verschiebung der Mandate innerhalb der sozialistischen Parteien stattgefunden. Von 278 Wahlberechtigten haben 227, also 81 Prozent, ihr Wahlrecht ausgestellt.

Wiederhol. Bei der Gemeinderatswahl erhielten USP. 901 Stimmen und 5 Mandate, SPD. 148 (1), KPD. 95 (1), Bürgerliche 584 (5).

Grasdorf. Es erhielten: Arbeiterliste 43 Stimmen, 4 Vertreter; Bürgerliche Liste 50 Stimmen, 4 Vertreter.

Böhlich-Ehrenberg. Bürgerliche Einheitsliste 1016 Stimmen (6 Sitz), SPD. 349 Stimmen (2), USP. 1150 Stimmen (7), KPD. 492 (3). 1918 waren für die USP. 1948, für die Demokraten 892 Stimmen abgegeben worden.

Lügshenna. Gewählt haben 94 Prozent. Es erhielten: USP. 238, Bürgerliche 184, KPD. 63 Stimmen. 5 Sitz entfallen auf USP. 4 auf die Bürgerlichen, 1 auf die KPD.

Wehrkampf ihre Aufmerksamkeit und alle ihre Energie vor allem der Bekämpfung des Kapitalismus selbst und dem mit ihm unloslich verbundenen Militarismus zuwenden.

Dann heißt es in der Resolution weiter:

„Mit Bezug auf die von den Internationalen Arbeitersorgfassen angenommenen diesbezüglichen Resolutionen erwartet die Konferenz von allen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Organisationen, daß sie in ihrem eigenen Lande und unter den eignen Betriebsgenossen stärker und mit größerem Nachdruck als je die Propaganda und Aktion gegen den Militarismus und für die allgemeine Abschaffung führen werden.“

Im Hinblick auf diesen Zweck appelliert die Konferenz an die Arbeiter aller Länder, sich zu einer Macht zusammenzuschließen, die instande ist, im Falle drohender Kriegsgefahr, unter der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, durch sofortige Proklamation des Internationalen Generalstreiks den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

In Erwähnung der Tatsache, daß ein Krieg ohne das Funktionieren der Transportbetriebe, des Bergbaus und der Metallindustrie nicht geführt werden kann, ist die Konferenz der Meinung, daß es in erster Linie Pflicht der Arbeiter dieser Industriegruppen ist, die Propaganda gegen Nationalismus und Militarismus unter dem ganzen Aufgebot ihrer Kräfte zu führen und ihre ganze wirtschaftliche Macht aufzuwenden, um eine Widerholung der Menschenlächer in der Welt zu verhindern.“

Die zweite Resolution lautet:

„Die am 15. und 16. November in Amsterdam tagende Konferenz des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes, mit Delegierten der internationalen Sekretariate der Transportarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter, die im Namen von 24 Millionen organisierten Arbeitern spricht, richtet einen dringenden Aufruf an alle Organisationen, die bereit sind, Krieg und Militarismus tatsächlich zu bekämpfen, sie fordert sie auf, zur Verhütung eines neuen Weltkrieges alle ihre Kräfte mit denjenigen der organisierten Arbeiter zu vereinigen.“

Die Konferenz wendet sich besonders an die Millionen von Frauen und Müttern, deren Männer und Söhne in einem neuen Krieg ihr Leben lassen müssen. Sie fordert sie auf, sich zu organisieren und Schulter an Schulter mit den im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeitern den Militarismus zu bekämpfen und einen neuen Krieg unmöglich zu machen.“

Und in der dritten Enthaltung heißt es:

„Die Konferenz hält es angesichts der täglich zunehmenden Kriegsgefahr und in Erwartung der definitiven Maßregeln zur Bekämpfung und Verhütung von neuen Kriegen des im April 1922 in Rom abzuhaltenen Internationalen Kongresses für notwendig, daß eine Organisation geschaffen wird, welche im Falle eines drohenden Krieges für die Arbeiter aller Länder, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehören sind, im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Organisationen den Generalstreik proklamieren und durchführen kann.“

Sie beschließt die Schaffung eines provisorischen Internationalen Komitees, bestehend aus dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes und je einem Vertreter der drei Internationalen Sekretariate der Transportarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter. Dieses Komitee soll bis zum nächsten Internationalen Kongress alle für die Beschwörung der drohenden Kriegsgefahr notwendigen Maßnahmen treffen.“

Zu dieses Komitee wurden je ein Delegierter der anwesenden Verfassungsvertreter gewählt, d. h. Robert Williams für die Transportarbeiter-Internationale, Frank Hodges für die Bergarbeiter-Internationale, C. Als für die Metallarbeiter-Internationale.

Dem Komitee wurde die Vollmacht erteilt, bis zum nächsten Kongress alle notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Militarismus und zur Verhinderung eines neuen Krieges zu treffen.

Gerner wurde beschlossen, daß auch der gemeinsame internationale Kampf gegen die infolge der wirtschaftlichen Depression immer mehr um sich greifende Ver schlechterung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter aller Länder aufgenommen werden soll. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde eingeladen, auch die Maßnahmen zur Lösung dieser Frage für den im April nächsten Jahres in Rom abzuhaltenen Internationalen Kongress vorzubereiten, so daß dieser Kongress diesbezügliche definitive Beschlüsse fassen kann.“

Stand der Außen-Hilfsaktion am 15. Oktober 1921.

Übersicht der dem Internationalen Gewerkschaftsbund zur Verfügung gestellten Beträge zugunsten der Hungerleidenden Russlands.

Land	Summe	Nährungsbedarf des Landes	Deutsche Zahlung
Belgien	718 410	Fr. 213 223,03	fl. 42 500,-
Dänemark	279 255	D. Kr. 30 000,-	" 17 200,-
Deutschland	8 000 000	M. 2 735 079,70	" 37 500,-
Frankreich	1 500 000	Fr. 500 000,-	" 105 000,-
Großbritannien	6 600 000	Fl. 2 500,-	" 28 750,-
Italien	2 055 773	Lire 1 000 000,-	" 120 000,-
Luxemburg	27 000	Fr. 5 000,-	" 1 000,-
Niederlande	216 581	L. 29 500,-	" 29 500,-
Österreich	1 000 000	Fr. 17 281 265,75	" 18 000,-
Schweden	277 242	Sk. Kr. 50 000,-	" 52 800,-
Schweiz	223 588	Fr. 50 000,-	" 27 500,-
Spanien	240 113	Pes. 28 000,-	" 11 150,-
Ungarn-Slowakei	740 000	Tsch.-Slow. Kr. 2 000 000,-	" 80 000,-
Internat. Transportarbeiter-Föderation	--	fl. 2 000,-	" 2 000,-
Internat. Hutmacher-Föderation	--	R. M. 1 000,-	" 1 250,-
Verschiedene Gaben	--		fl. 574 150,-

Die erste Auszahlung des Afa-Bundes fand am 16. November in Berlin statt. Sämtliche angehörenden Organisationen waren vertreten, ebenso der Vorstand des ADGB. Der

Geschäftsbericht erstattete auf dem Berichtsjaht ihren Abschluß gefunden.

Die innige und ständige Gemeinschaftsarbeit der angehörenden Verbände hat sich in jeder Hinsicht bewährt und den Afa-Bund zu einem anerkannten Faktor im wirtschaftlichen und sozialen Leben Deutschlands gemacht. Der Berichtsstatter schilderte die Tätigkeit des Afa-Bundes auf sozial- und wirtschaftspolitischem Gebiet, wobei besonders das Eingreifen in der Frage der Schlachtfestordnung, des Arbeitsnachweiszuges hervorgehoben werden konnte. Der Afa-Bund hat auch weiter auf dem Gebiet der Sozialisierung des Bergbaues, des Wiederaufbaues von Nordfrankreich und der Erwerbslosenfrage führend gewirkt. Als den Höhepunkt des Berichtsjahrs bezeichnete der Referent den Abschluß des Organisationsvertrags zwischen dem ADGB und dem Afa-Bund. Dieses innige Bündnis hat sich bereits wiederholt bewährt, und es wird in den bevorstehenden Kämpfen um das aufgestellte gemeinsame Steuerprogramm eine weitere Kraftprobe zu bestehen haben.

Zu dem folgenden Kassenbericht

konnte Südh-Berlin über einen günstigen Kassenbestand berichten. Es teilte ferner mit, daß die Betriebsrätebewegung im ADGB und im Afa-Bund in Zukunft organisatorisch völlig vereinheitlicht werden soll und zu diesem Zweck auch am 1. Januar 1922 die bisher geltenden herausgegebenen Organe Betriebsnachrichtenzeitung des ADGB und Der Betriebsrat des Afa-Bundes vereinigt werden. Die ständige Mitarbeit des bisherigen Afa-Redakteurs, des Kollegen Nöpel, an der künftigen gemeinsamen Zeitung ist durch eine Vereinbarung mit dem ADGB sichergestellt worden.

Über die

Frage des Berufsbeamtentums referierten Hausherr und Händeler. Es herrschte völlige Übereinstimmung, daß entgegen den von gegnerischer Seite ausgestreuten Verdächtigungen im Afa-Bund niemand daran denkt, den Beamten ihre wohlerworbenen Rechte einzuschränken oder zu nehmen. Auf Grund der eingehenden Diskussion der Beamtengesetzgebung wurde eine besondere Kommission eingesetzt, die sich mit der Ausstellung von Richtlinien für die Beamtenpolitik beschäftigen wird.

Über die Fragen der Tarifpolitik

erstattete Schweizer Bericht, und es sollen nunmehr auf Grund der Aussprache von einer weiteren Kommission die Richtlinien für eine einheitliche Tarifpolitik der Afa-Verbände aufgestellt werden.

Schließlich referierte Paul Lange über die bevorstehenden Wahlen zur Angestelltenversicherung und appellierte an die angehörenden Verbände, ihre ganze Kraft einzusetzen, um dem Afa-Gedanken auch bei diesen Wahlen zum Siege zu verhelfen.

Metallarbeiter

Seit Januar 1921 versuchen die Metallarbeiter Leipzigs auf dem Verhandlungswege ihren paritätischen Facharbeitsnachweis für die Metallindustrie wieder herzustellen. Dieser Nachweis wurde Anfang 1919 auf Grund von Vereinbarungen mit dem Leipziger Metallindustriellenverband geschaffen. Geschäftssordnung und innere Einrichtung des Nachweises sind Produkte gegenseitiger Verhandlungen. Die Unternehmer sagten bei der Gründung und den Verhandlungen zu, daß die alten Methoden des stärkeren Maßregelungsbureaus für die Metallindustrie niemals wieder in Erscheinung treten dürften. Sie versprachen damals, sich den Geist des neuen Zeitalters anzupassen.

Mit dem Erstellen der Reaktion auf allen Gebieten war den Leipziger Metallindustriellen der Benutzungswang dieses, von ihnen mitgegriffenen Arbeitsnachweises unbekannt. Es gefiel ihnen nicht, daß der Nachweis nicht zur Durchsetzung der Tariflöhne und auch nicht zur Maßregelung von ausreichen Arbeitern benutzt werden konnte. Krampfhaft waren sie deshalb bestimmt, Differenzfälle zu konstruieren, um einen Grund zur Befestigung des Nachweises zu schaffen. Alle ihre Schwierigkeiten wurden auf paritätischer Grundlage untersucht und trotzdem gelang es den Unternehmern in seinem einzigen Falle, den Nachweis für irgendwelche Verleugnung der Gesetzesordnung zu erbringen. Ende 1920 kündigten sie nur ganz einfach, ohne Angabe von Gründen, ihre Beteiligung am paritätischen Arbeitsnachweis. Seit dieser Zeit bieten die Unternehmer alles auf, Leute durch Interesse auf jede Art und Weise nach Leipzig in ihre Betriebe zu ziehen, um mit den so Eingestellten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Gleichzeitig zirkulieren schwarze Listen, um hiesige mischbare Arbeiter für immer dem Elend der Arbeitslosigkeit und damit dem Hungertode preiszugeben. So halten die Unternehmer ihre Versprechungen und statuen den Arbeitern den Dank des Vaterlandes ab.

Zur Zeit sind noch genügend Arbeitslose in Leipzig vorhanden, um den Bedarf der Metallindustrie bedenken zu können. Die von auswärts herangezogenen und das Heer der Arbeitslosen werden von den Unternehmern nur als Lohnbrüder und Sperrebrecher gegenüber den Leipziger Arbeitern benutzt. Zahlen die Leipziger Unternehmer austreibende Löhne und achten sie die Rechte der Arbeiter, dann haben sie nicht nötig, Arbeitskräfte von auswärts heranzuziehen. Bisher erklärten sie bei allen Lohnverhandlungen den Arbeiterverteilern, daß sie nicht in der Lage seien, die geforderten Löhne zu zahlen, sie hätten im Laufe der letzten 3 Jahre überhaupt nur zugesehen. Im Gegensatz zu diesen Ausführungen zeigen die Abschläge der Alttengelellschaften eine dauernde Verwässerung der Kapitalien und trotzdem gleichzeitig ein dauerndes Steigen der Dividenden.

Aller gute Wille der Leipziger Arbeiter, auf friedliche Art und Weise die bestehenden Differenzen aus der Welt zu schaffen und die Nachfragefrage zu regeln, scheitern an dem Starzinn und dem Machtdunkel der Leipziger Industriellen. Die Leipziger Arbeiter haben deshalb beschlossen, in den Betrieben der Metallindustrie weder umzuschauen, noch auf Interesse Arbeit anzunehmen, um so die Unternehmer zur Benutzung des Nachweises zu zwingen.

Wir wenden uns an alle Arbeiter in Deutschland, uns in unserem Kampfe zu unterstützen und Leipzig unter allen Umständen zu melden. Wer gewillt ist, trotzdem in Leipzig Arbeit anzunehmen, der wende sich vorher an die zuständige Organisation, um nicht von vornherein von der Arbeiterschaft als Feind betrachtet zu werden. Alle Arbeiter, die Leipzig meiden, bilden tatsächlich nichts ein, denn die Lebensverhältnisse sind in Leipzig mit die-

teuersten und bedingen eine viel bessere Bezahlung, als sie jetzt in Leipzig, wie überhaupt in ganz Sachsen, üblich ist. Deshalb, Arbeiter Deutschlands, übt Solidarität.

Alle Arbeiterzeitungen werden um Abdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband,
Verwaltungsstelle Leipzig.

Konditorenstreit.

Die Konditoreibesitzer haben den vom Schlachtfestordnungsausschuß gefällten Schiedspruch abgelehnt und dadurch die Gehilfen in den Streit getrieben.

Fordert wurde für Gehilfen bis zu 20 Jahren 370 M. pro Woche, für Gehilfen bis zu 24 Jahren 410 M. pro Woche und für Gehilfen über 24 Jahren 450 M. pro Woche.

Der Schiedspruch lautete: Für Gehilfen bis zu 20 Jahren 325 M. pro Woche, für Gehilfen bis zu 24 Jahren 375 M. pro Woche und für Gehilfen über 24 Jahren 425 M. pro Woche.

Um des lieben Friedens willen hatten die Gehilfen den Schiedspruch angenommen, trotzdem er ihnen bedeutend weniger brachte als gefordert wurde. Nunmehr haben die Gehilfen entschieden, ihre alte Forderung wieder aufzustellen und sie mit Hilfe des ihnen ausgezogenen Kampfes durchzusetzen. Um die Gehilfenschaft verwirkt zu machen, gehen einige Herren der Konditoreiinnung mit der unwahren Behauptung um, sie hätten den Schiedspruch angenommen. Wir können nicht glauben, daß der Schlachtfestordnungsausschuss uns unwahre Angaben gemacht hat über die Ablehnung des Schiedspruches durch die Konditoreiinnung. Dazu wird sich ja der Schlachtfestordnungsausschuss selbst zu äußern haben.

Daher nicht alle Arbeitgeber mit dem Vorgehen der Konditoreiinnung einverstanden sind, beweist, daß am ersten Streittag mehrere Betriebe sich schriftlich verpflichtet haben, die nunmehr neu aufgestellten Forderungen der Gehilfen anzuerkennen. Beweisen wollen wir noch, daß in den gleichen Betrieben die Bäcker bis zu 20 Jahren 405-425 M. Wochenlohn haben.

Der Konditor Friedrich Schäffner, L.-Gohlis, Schleuditzer Straße 24, ist als Streikbrecher in der Konditorei Platen stehen geblieben. Platen glaubt, seine Streikbrecher mit Hunderten schwärzen zu können. Diese Költer sollen zu dem befohlenen Zweck gehalten werden, unliebsame Kontrollen fernzuhalten.

Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufe.

Die Bankangestellten und die Teuerung.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, Ortsgruppe Leipzig, veranstaltete am Mittwoch, dem 23. November, eine öffentliche Bankangestelltenversammlung. Der Referent Karl Emonts-Berlin sprach zu dem Thema: Vergangene und kommende Tarifkämpfe im Bankgewerbe. Er schrieb an der Hand eines einwandfreien Zahlenmaterials die Entwicklung des Reichstaxtarvertrages für das deutsche Bankgewerbe. Noch deutlich wurde, dabei veranschaulicht, wie die Tarifläufe immer hinter der steigenden Teuerung nachgehinkt sind. Treffend geschilderte Emonts die Anwendung der Indexziffern und wies nach wie widersprechend dieselben von interessierten Stellen in Anwendung gebracht werden. Auf der einen Seite operieren die Arbeitgeber im Bankgewerbe mit Indexziffern, die auf Grund der Kalorientheorie aufgestellt werden und versuchen dabei, nachzuweisen, daß die Teuerung hier nicht so hoch sei, wie sie von den Arbeitnehmern geschildert würde, auf der anderen Seite geben sie dem Auslande bekannt, daß eine furchtbare Teuerung in Deutschland herrsche, daß das Existenzminimum für eine dreitöpfige Familie 70 000 M. jährlich betrage. Pflicht der Bankangestellten ist es, dafür zu sorgen, daß ihre Gehälter den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden.

Der Gauleiter G. A. Müller wies nach, daß sich die Durchschnittsgehalter der Bankangestellten in 1½ Jahren noch nicht einmal verdoppelt haben. Die Preise der unbedingt nötigen Bedarfsartikel betrügen bei Zustandekommen der Neuregelung der Gehaltsläufe im Bankgewerbe im März 1920 das 7-8fache der Friedenspreise, während sie heute das 30-35fache ausmachen. Ein Angestellter der Adca forderte die Vermittlung auf, sich erstens hinter den Allgemeinen Verband zu stellen, der streng auf dem Boden der freigewerkschaftlichen Organisationen federrecht die Interessen der Angestellten vertreten hat und vertreten wird. Der Vorsitzende der Ortsgruppe warnte davor, sich nicht einzutragen zu lassen durch die in diesen Tagen erfolgte Zahlung der Wehrmachtszulassungen. Mit einem Appell an die Versammelten, in den Betrieben für die idealen Betriebsungen des Allgemeinen Verbandes zu arbeiten, schloß er die gutverlaufene Versammlung.

Vor dem Ende des Hamburger Werstarbeiterstreits.

Eine im Gewerkschaftshaus abgehaltene, aus allen Werken besuchte Werstarbeiterversammlung beschäftigte sich mit dem Schiedspruch des vom Reichsarbeitsminister eingesetzten in Hamburg tagenden Schlachtfestordnungsausschusses. Die Konferenz erklärte sich nach eingehender Aussprache angesichts der Gesamtlage auf den Werken mit 31 gegen 19 Stimmen mit dem Schiedspruch einverstanden, da der Schiedspruch den Arbeitern eine Erhöhung der Grundlöhne um 2 bis 220 M. pro Stunde bringt. Die Konferenz beschloß, den Arbeitern die Annahme des Schiedspruches zu empfehlen. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches erfolgt durch Urabstimmung.

Regierungsvermittlung im Paußer Textilarbeiterstreit.

Das sächsische Arbeitsministerium hat in den Paußer Textilarbeiterstand eingegriffen und die Parteien zu Vorbesprechungen eingeladen, die hoffentlich von Erfolg begleitet sein werden, da die Fortdauer der Lohnbewegung gerade im festigen Augenblick Arbeitgeber wie Arbeitnehmer auf schwere Schäden mitten.

Blick und Verlehrerstreit in Aachen. Hier ist ein Streit unter dem Personal der Elektrofäßzentrals und der Straßen- und Eisenbahnen ausgebrochen, da ihre Lohnforderungen nicht befriedigt wurden. Mehrere Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Der Generastreit in Montevideo ist noch nicht beigelegt. Banken und größere Geschäftshäuser stehen unter militärischer Bewachung.

**Die beliebten Rotti-Fleischbrühwürfel sind in alter bewährter Güte wieder zu haben.
Verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann ausdrücklich „Rotti“ Würfel.**

„Diamalt A. G. Abt. Rotti, München.“

Für unsere Frauen

Ihr habt die Macht in Händen.

231 281 Frauen waren zur Leipziger Stadtverordnetenwahl wahlberechtigt, 40 000 mehr als wahlberechtigte Männer vorhanden waren. Das zahlenmäßige Übergewicht der Frau gibt ihr die Entscheidung in die Hand in allen Fragen, die auf parlamentarischem Wege gelöst werden können oder sollen. Deshalb versuchen alle politischen Parteien, die Frauen für sich zu gewinnen. Die Bürgerlichen haben noch den Trost, daß in Leipzig die Zahl ihrer Wählerinnen immer noch um 7404 höher ist als die der sozialistischen Wählerinnen, da insgesamt 93 945 bürgerliche den 86 541 sozialistischen weiblichen Stimmen gegenüberstehen.

Der Vorsprung ist nicht groß, den das Bürgertum hat. Seine einzige Rettung ist der Verstand der Massen seiner Wählerinnen, die zu einem sehr großen Teil aus Proletarierinnen bestehen.

Tausende von Arbeiterfrauen und -mädchen haben noch die Feinde ihrer Klasse gewählt, weil sie den Einflüssen unterlegen sind, die die herrschende Klasse mit vollem Bewußtsein auf die Frau überhaupt und auf die proletarische Frau im besonderen ausübt, um sie von der Erkenntnis ihrer Klassenlage, von bewußter Teilnahme am öffentlichen Leben, von jeder politischen Beteiligung fernzuhalten.

51 000 Frauen haben in Leipzig von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht!

Sie gehörten zweifellos in ihrer großen Mehrheit proletarischen Schichten an, denn die bürgerlichen Frauen wurden bei diesem Kampfe, in dem die wichtigsten Profitinteressen des Bürgertums zu verteidigen waren, durch ihr Klasseninteresse zur Wahlurne getrieben.

Proletarierinnen waren es, die den Wert ihres Stimmrechts, die die Bedeutung des Klassenkampfes, der in der Form dieses Wahlkampfes sich abspielte, nicht erkannten. Das ist die Folge der Erziehung, die das Weib in der kapitalistischen Gesellschaft erhalten hat.

Wenn wir die Frauen aus proletarischen Kreisen, die überhaupt nicht oder unsre Gegner gewählt haben, nicht nur als Wählerinnen gewinnen, sondern zum Klassenbewußtsein erziehen wollen, steht uns eine gewaltige Aufgabe bevor. Sie ist groß, sie ist ungewohnt, aber sie muß gelöst werden.

Der Einfluß des Bürgertums auf die proletarische Frau muß gebrochen werden!

Ein großer Teil unserer bisherigen Organisationstätigkeit und unserer Propagandaarbeit muß darauf eingestellt werden.

Dem Bürgertum stehen besonders zur Beeinflussung der Frau die zahlreichen Hilfskräfte der kirchlichen Organisationen zur Verfügung, die mit zusammengebeteten Wohltätigkeitsgruppen, zum nicht geringen Teil auch mit städtischen Mitteln, durch Almosen, Haushalte, Tätigkeit in Mädchenhorten, Armenpflege, Kinderbewahranstalten und allen der öffentlichen und privaten Fürsorge gewidmeten Organisationen ihren Einfluß bis tief in die Familien hinein ausüben. So föhlen sie zwar unmerklich nach außen hin, aber um so nachhaltiger besonders die proletarische Frau an die christlich-bürgerliche Ideologie.

Je länger das Bürgertum und vor allem die Kirche den Apparat der gemeindlichen Fürsorgetätigkeit beherrschen, je weniger unsre Genossen und Genossinnen sich darauf einstellen, durch ihre tätige Mitarbeit im sozialistischen Sinne die Vorherrschaft des Bürgertums zu beseitigen, um so länger wird es dauern, viele proletarische Frauen von starken arbeiterfeindlichen Einflüssen zu freien.

Vor acht Tagen hat unsre Stadtverordnetenfraktion den Unterricht, das Ortsgefeß für Armenfürsorge zu ändern, damit die Möglichkeit geboten ist, die ehrenamtlich tätigen Pfleger direkt von der Bevölkerung des betreffenden Distrikts zu wählen, während jetzt das Armendirektorium nur jemand wählen kann, den die Pfleger selbst vorschlagen.

Ein solcher Posten ist nicht leicht. Er erfordert gewissenhaftes Arbeiten, großes soziales Verständnis und ein peinliches Rechtsdenken. Zweifellos werden sich nicht nur unter unsrigen Genossen, sondern vor allem auch unter den Genossinnen genügend Personen finden, die den Aufgaben gewachsen sind. Darüber muß in den Frauendiskussionsabenden und in den Ortsvereinsversammlungen gesprochen werden.

Die christliche Hauptpflege bietet den kirchlichen Helferinnen ebenfalls ein Mittel, durch notwendige Hilfeleistungen bei Wöchnerinnen und Kranken Beziehungen zu den einzelnen Familien anzuknüpfen und besonders die Frau an die kirchliche Organisation zu fesseln. Sollte das proletarische Solidaritätsgefühl unsrer Genossinnen nicht imstande sein, eine ähnliche hilfsbereite Gemeinschaft zu bilden? Man unterschätzt diese „Kleinigkeiten“ ja nicht, sie erscheinen als Zwirnsäulen, bilden aber in Wirklichkeit eine für viele unzerrissbare Kette, die besonders die proletarischen Frauen umschlingt.

Eine besondere Domäne der Kirche waren bisher die Mädchenhorste, wo wohltätige und fromme Damen der bürgerlichen Gesellschaft die Proletarierkinder in ihrem Strome erzogen.

Diese Horste, deren Kosten nur zu einem Zwölftel von dem Horstverein selbst aufgebracht wurden, sind endlich verstaatlicht worden. Es wurde für jeden Hort ein Hörttauschuss gebildet, in den jeder Elternrat der zu dem Hort gehörenden Schulen ein Mitglied zu entsenden hat. Hier müssen unsre Elternräte auf dem Posten sein. Die Mädchenhorste dürfen nicht mehr ein Lummelschlaf frommer Geschwister bleiben, sondern müssen im Einverständnis mit der Lehrekeit zu pädagogisch wertvollen Hilfsorganisationen der Schule für alle sie beschäftigenden Kinder umgestaltet werden. Die Zeit vor Weihnachten zeigt ja gerade hier, wie leicht und unüberlegt Arbeitermütter ihre Kinder realistischeren Einflüssen überlassen. Da es in manchen solchen Horsten eine kleine Weihnachtsbescherung gibt, wurden vor dem Fest meist ungewöhnlich viel Kinder angemeldet. Um einiger armeloser Geschenke willen überließerten die Mütter ihre Kinder Leuten, die sie besonders in der Weihnachtszeit ganz bewußt mit Ideen erfüllten, von denen sich die Arbeiterschaft längst freiemacht hat. Da bringen es die Mütter noch fertig, für „Wohltaten“ dankbar zu sein und ihre Kinder zur Demut erziehen zu lassen, statt sie darüber aufzuklären, daß es die Pflicht der Gesellschaft ist, die Not zu lindern.

Unsre Arbeiterfrauen zum Klassenbewußtsein zu erziehen, ist die nächste dringendste Aufgabe der Partei auf agitatorischem Gebiete. Sie sollen sich nicht mehr als Objekte bürgerlicher Wohl-tätigkeit fühlen, sondern die ihnen zustehenden Rechte von der Gesellschaft fordern und sie erkämpfen lernen.

Wollen wir sie dazu befähigen, müssen wir sie von den Einflüssen des Bürgertums befreien.

Der Kampf um die öffentliche Armenpflege, der Kampf um die Erziehung der Kinder, der Kampf um das Zurückdrängen des kirchlichen Einflusses ist ein Teil unseres Klassenkampfes, der von unsrigen Genossen und Genossinnen noch lange nicht seiner Bedeutung entsprechend eingeschätzt wird.

Nur dann wird der Kampf der Arbeiterklasse von Erfolg sein, wenn sie ihn mit der gleichen Entschlossenheit wie gegen die ökonomische Sklaverei auch um die geistige Befreiung des Proletariats führt.

Die Frau, die natürliche Verbündete des Proletariats, wird unsre eisige Milkämpferin werden, wenn wir sie von den Hemmungen befreien. Intensive, hingebende unermüdliche Kleinarbeit ist auch hier wie immer die Voraussetzung für unsre Erfolge.

Parteigenossinnen, an die Arbeit!

Weihnachten — Sonnenwende.

Weihnachten, das traurige Fest im Kreise der Familie, Tannenbaum, Lichterglanz, Stollen und frohe Gesichter, das soll nicht mehr sein? Weihnachten, das Wort, das jedes Kinderherz wochenlang höher schlagen läßt, dieses Wort soll seine Bedeutung verlieren? — So fragt oder denkt manche Mutter, und viele andre Menschen auch. Ich habe selbst einmal so gedacht. Aber nicht startern Widerstand gegen das Neue hat dieser Gedankengang in mir ausgelöst, sondern ich habe gesucht, die tieferen Urteile in dieser Umwälzung verstecken zu lernen. Heute denke ich anders. Worauf sich diese Wandlung stützt, möchte ich in wenigen Zeilen hier niederschriften, hoffend, daß es einem oder dem andern Menschen nützen möge, sich frei zu machen von altem, anerzogenem Vorurteil.

Was ist Weihnachten eigentlich? Es ist ein christliches, also ein kirchliches Fest. Fragen wir doch einmal den Herrn Pastor, der ja um diese Dinge am besten Bescheid wissen wird. Er wird uns sagen: „Weihnachten ist das Geburtsfest unsres Herrn und Heilands.“ Es ist ein Fest der christlichen Liebe und Güte. Um diese zum Ausdruck zu bringen, belächelt man sich gegenseitig. Den Kindern, die das noch nicht verstehen, bereiten liebende Eltern Freude und verrichten beim Anblick der frohen Kinderharze gern auf Dank und Anerkennung. Sie sagen den Kindern, das Christkind und der Knecht Ruprecht seien dagewesen und hätten all die schönen Sachen gebracht. Dadurch wird schon in die Kinder die Liebe zum Heiland gepflanzt. So ungefähr wird der Herr Pastor sagen. — Und die Kinder armer, unbemittelter Eltern? Für die gibt es keinen Knecht Ruprecht und kein Christkind, für die hat die Kirche nur die Lehre vom heiligen Jammertal, vom Entbehren und Dulden und vom seligen Leben im Jenseits. Ist das ein Fest der Liebe? Nein. Dieses Weihnachtsfest ist kein Fest, das dem inneren Wesen der christlichen Religion entsprungen ist. Nicht überall, wo das Christentum seinen Einzug hält, wird „Weihnachten“ gefeiert. In Frankreich und England z. B. feiern man weder Weihnachten in unserem Sinne, noch den Christbaum. Das erklärt sich daraus:

Die alten Germanen, die eben um die Zeit, als Christus geboren wurde, hier in unsern Heimat, in unserem Deutschland lebten, waren ein Volk, das noch sehr von der Natur abhängig war. Sie hatten noch keine Häuser aus Stein, sondern nur Hütten aus Fachwerk. Während der kalten Jahreszeit, also im Winter, lebten sie, wie die Geschichte berichtet, oft in Höhlen, über die sie Baumstämme und Laub deckten, um sich so vor der Kälte zu schützen. Sie wußten noch nichts von einem alleinherrschenden Gott, sie hatten ein ganzes Heer von Göttern, die für Ordnung in der Natur sorgten. Von den den Natur beherrschenden Kräften hatten sie noch keine Ahnung. Aber sie wußten aus der Erfahrung genau, daß nach dem Winter der kalten rauhen Jahreszeit, der Frühling kam, dann der Sommer folgte. Sie wußten, daß es alljährlich einen Tag gab, an dem der Sonnen Gott in seinem Wagen den kleinsten Kreis am Himmel zog. Aber von diesem Tage an stieg die Sonne wieder höher und höher. Dieser Tag war der Tag der Wintersonnenwende. Neue Hoffnungen belebten an diesem Tage die Menschen, weil nun die schlimmste Zeit überwunden war. Nun ging es ja wieder aufwärts, dem Frühling entgegen. Dieser Tag mußte festlich begangen werden. Was brauchten in der Natur an Grünen noch zu entdecken war, wurde ins Haus gebracht, das Herdfeuer mußte zum Zeichen der Hoffnung und der Freude hell aufstoben. Frohe Gesichter wollte man an diesem Tage um sich sehen. Darum beschleunzte man sich gegenseitig mit Spangen, Knöpfen, Bierstüden und anderen Kostbarkeiten. Die Tage um die Wintersonnenwende waren heilig. Sechs Nächte vorher und sechs Nächte nachher begaben sich die Götter in höchstein Perlon hinab auf die Erde und flüsterten den schlafenden Menschen im Traume zu, was ihnen das kommende Jahr bringen werde.

Einige hundert Jahr später kamen die Römer und zwangen den alten germanischen Naturvölk das Christentum mit Krieg und Mord und Feuer auf. Jedoch so ganz restlos gelang das nicht gleich. Es gab da manche Klippen zu überwinden. Eine der schwierigsten war das Sonnenwendfest. Das wurzelte so tief im Volksleben, daß selbst Krieg und Feuer es nicht zu beseitigen vermochten. Man mußte sich da anders helfen und fand auch einen Ausweg. Das Sonnenwendfest wurde als Geburtstag des Heilands erklärt. Der grüne Tannenbaum, das Zeichen der Hoffnung, wurde um Christbaum gemacht. Ein Brauch nach dem andern wurde von der Kirche übernommen und umgedeutet. Was aber die Kirche nicht übernahm und erhielt, das lebte im Herzen des Volkes weiter, so z. B. die zwölf heiligen Nächte. Was man während dieser zwölf Nächte träumt, das geht auch heute noch in Erfüllung, wie die ganz klugen Deute behaupten. Noch so mancher alte überländische Brauch läßt sich erklären, wenn man seinen Grund in den Sitten des alten germanischen Sonnenwendfestes sucht.

Wir aber, die wir wissen, wie es um das Weihnachtsfest bestellt ist, wir wollen diesen alten Tanz nicht mehr mitmachen. Für uns ist die Sonnenwende, genau wie für die alten Germanen, das Signal, daß der Frühling wiederkehrt. Und wir haben auch allein, Grund, uns nach der schönen Jahreszeit zu sehnen. Kommen doch dann wieder die Tage, die wir draußen im Freien verbringen, an denen wir die Enge der Großstadt lieben können. Wir wollen das Sonnenwendfest nicht im Sinne der alten Germanen feiern, die ihren Göttern opferen, denn wir kennen die Zusammenhänge in der Natur besser als jene. Wir wollen aber auch nicht das alte Weihnachten mit seiner sinnewirrenden Kunst feiern, wir wollen ein Fest der Freude begießen, so wie es unser Geist, dem Gefühl der wissenden Menschen entspricht. Wir wollen uns nicht an Sitten und Gebräuche binden, sondern nur, soweit wir ein die Sitten schön und gut finden, wollen wir sie erhalten. Was unsrigen inneren Wesen zuwider ist, wird über Bord geworfen. In den guten alten Sitten aber flügen wir frei hinzu, was für uns Menschen von heute nötig ist. So wollen wir unser Sonnenwendfest als unser Fest, in unsern Sinne feiern.

Auch viele der schönen Weihnachtsmelodien singen noch tief in den Herzen des Volkes. Es wäre tatsächlich schade um so manche schöne Weise, wenn sie uns mit der Weihnachtsfeier verloren gehen sollte. Hier gilt es eine dankbare Aufgabe zu lösen an der zu helfen jedermann berufen ist. Unsre Genossinnen, die unsre Jugendgruppen

leiten, werden sich den Dank vieler Arbeiterfamilien erwerben, wenn sie den Kindern solche Weihnachtsgesänge in unserm Sinne lehren würden. Hier an dieser Stelle wäre vielleicht der geeignete Platz, an dem neue Liedertexte auf alte Weisen veröffentlicht werden könnten, um sie so der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, lasse ich hier das schöne Lied von Schulte vom Brühl folgen:

Met.: Der Gott, der Eisen machen ließ...
Und stürmt es, was es stürmen mag,
Und schneit es ohne Ende,
Es kam heraus der Siegestag
Der Winterkönigswende.
Zusammen ward des Kindes Lied,
Es liegt der Gott der Sonne.
Kennt ihn getrost den helf'gen Christ,
Den Spender alleronne.

Die Finsternis, des Bösen Hort,
Die muss vor ihm zerstieben,
Sein Schwert heißt Wahrheit und sein Wort,
Ist Glauben, Hoffen, Lieben.
Er sinnet Glück, und sein Begehr
Ist, Freuden zu bestellen;
Der Frühling zieht mit ihm dahin,
Dem Könige der Ehen.

So windet denn den Fichtenran,
Und füllt die Osterhalen
Und läßt den Weihnachtslichterglanz
In alle Herzen strahlen!
Und kommt, was nur kommen mag,
Das Dunkel geht zu Ende;
Drum feiert, feiert froh den Tag
Der Winterkönigswende!

D.

Der Sozialismus als Erlöser der Kinder.

In dem Übermaß von Not und Elend, mit dem heute das Leben des Proletariats angefüllt ist, ist die tragischste und folgenschwerste Erscheinung das jämmerliche Siechtum von Hunderttausenden von Kindern, die schullos und hilflos in Entbehrungen und Krankheiten, verklippt an Leib und Geist, von Geburt an ohne einen Schimmer von Kindheitsglück dahinwelken; die entlastigste Anklage gegen die Vergangenheit, die schwerste Gefahr für die Zukunft.

Es gibt keinen Ort mehr in Stadt und Land, wo uns nicht dasselbe Elendsbild entgegenträgt: in den dunklen, unhygienischen, überfüllten Wohnungen die ausgemergelten kleinen Gestalten mit den Zeichen von Rachitis, Skrofulose, Tuberkulose und Unterernährung.

Die Berichte sind entsetzlich:

In München waren von 84 000 schulärztlich untersuchten Kindern 40 000 höchst ungenügend und 25 000 vollständig minderwertig ernährt.

In Breslau sind von 108 000 Schulkindern 50 000, ebenfalls fast die Hälfte, unterernährt.

In Essen sind laut Bericht des Stadtmedizinalrates vom 1. Quartal 1920 20 Säuglinge durch die Folgen ungenügender Ernährung geradezu verhungert. (Die Mütter sind stillunfähig.)

Der Stadtschulrat in Karlsruhe berichtet, daß von etwa 16 000 Schülern mindestens 50 Prozent tuberkulös infiziert, 25 Prozent skrofulös und circa 90 Prozent überhaupt unterernährt sind.

In Erfurt waren von 19 824 Kindern normal ernährt 1880, leicht unterernährt 7564, ausgeprochen unterernährt 9042, schwer unterernährt 1838 (bei tuberkulösen, chronisch kranken u. m.).

Im Freistaat Sachsen gehörten von 173 780 Kindern zur Gruppe 1 (normal ernährt) circa 21 Prozent, zur Gruppe 2 (leicht unterernährt) circa 28 Prozent, zur Gruppe 3 (ausgeprochen unterernährt) circa 34 Prozent, zur Gruppe 4 (sehr unterernährt) circa 17 Prozent.

In den oberbayerischen Bergwerksbezirken sind 70 Prozent der Kinder unterernährt.

Nach ärztlichem Bericht gibt es in Unterweichbach, einem Ort im Thüringer Wald von circa 1000 Einwohnern, fast kein Haus, in dem nicht mindestens ein Tuberkulosekranker oder Tuberkulosegefährdet ist. 1 Prozent der Kinder dieses Ortes waren gut ernährt, über 80 Prozent mittels bis schlecht ernährt; 84 Prozent der Kinder hatten ein schlechtes Gebiß.

Aus Mainz wird berichtet daß 30 bis 40 Prozent der Schulkinder tuberkulös sind.

In Hörde i. W. sind von 22 994 untersuchten Kindern 20 Prozent an Tuberkulose erkrankt.

Nach einem Bericht des Berliner Statistischen Amtes starben an Tuberkulose Kinder im 5. Lebensjahr im Jahre 1919 200 Prozent mehr als im Jahre 1913; ebenjährlige Ergebnisse, allein an Tuberkulosegefährdet, liegen aus Essen vor. (Zur Illustration: In Berlin müssen insgesamt rund 600 000 Menschen in Wohnungen hausen, bei denen mehr als fünf Personen auf jedes Zimmer kommen! Herner: nach der letzten Zählung soll es in Berlin 27 792 „überfüllte“ Wohnungen geben, d. h. solche, in der mindestens sechs Personen ein heizbares Zimmer haben!) In Hamburg Schulen befinden sich circa 56 000, d. h. 25 Prozent unterernährte und schwächliche Kinder.

In München fand man ein sechsjähriges Mädchen in einem Waschlott ein halbjähriges Kind auf den Tisch gelegt, zwei Kinder von drei und vier Jahren in Reisskisten, ein einjähriges Kind in einer Kutschekiste, berichtet Oberärztin Woerner aus München.

Nicht oft und nicht eindringlich genug können solche Tatshäfen in die Erinnerung gerufen werden. Nicht um Mitleid zu erregen und ein paar Brocken abgeben zu erhalten. Nein, um den Proletarien und vor allem den Frauen zu zeigen, wie die bürgerliche Gesellschaft ihre Kinder verkommen läßt, und wie notwendig es ist, nach dem Beispiel aller Machtmittel zu streben, um die Gesellschaft zur Erfüllung zu zwingen.

Die Geschichte aller, bisherigen Gesellschaft — das heißt, genau gesprochen, die schriftlich überlieferte Geschichte — ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Ritter, Patrizier, Sklaven, Plebejer, Baron und Leibeigener, Junktbürger und Geselle, kurz: Unterdrückter und Unterdrückte standen in stetem Gegenzahl zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen. In den früheren Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände, eine mannigfaltige Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer, Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Junktbürger, Geselle, Leibeigene und noch dazu in fast jeder dieser Klassen wieder besondere Abstufungen. Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt. Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.

R. Marx

Wintergarten Lady Hamilton

Eisenbahnstraße 56
Telephon Nr. 18195-96

Vorführung: 4 Uhr
(Einlaß 1/4), 6.20, 8.40 Uhr

Der Großteil der Richard-Oswald-Film-A.-G.
Liebe u. Leben der Lady Hamilton

Lord Nelsons letzte Liebe

Hauptrollen:
Liane Haid, Reinhold Schünzel
Conrad Veldt, Gertrud Welker.

7 Akte

Lindenfels

Karl-Heine-Straße 50
Telephon Nr. 18195-96

Vorführung: 4 Uhr
(Einlaß 1/4), 6.20, 8.40 Uhr

Die rote Nacht

Sensationsbild in 6 Akten
Hauptrolle: **Mia Pankau**

Ja, da muß was in der Leitung sein

Lustspiel in 3 Akten mit
Hasfi Dege, Gerhard Dammann
Dazu ein Lustspiel mit **Leo Peukert**.

Neues Theater.

Augustusplatz (Nachdruck verboten.) **Bernard 1415.**
Montag, den 23. November: Vorstellung für den Döppliger Wirtschaftsverband: **Tiefbau**, umfang 7 Uhr.
Dienstag, den 24. November: 247. **Nichtrechts-Vorstellung** (1. Folge, gelten: **Ring des Abzweigens** (Vorabend); **Ringgold**, umfang 7 Uhr. Erste drei Preise.
Mittwoch, den 25. November: Vorstellung für die Deutsche Bühne: **Gebürtige** umfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz (Nachdruck verboten.) **Bernard 1416.**

Montag, den 25. November 1921 **Heute**
Szenische Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut
(gelten: Osten 25.11.-26.11.)

Doppelbelichtmord.

Bauernposte mit Gelang 10 in Bildern von Ludwig Angenroder.
Das Szeno giebt von Dr. Adolf Wind.
Personen: Thomas Seminer, der Bauer vom "reichen Hof" (Wilhelm Peter); Voldi, sein Sohn (Vig. Altmann); Gangl, der Krammer (Wilhelm Engst); Melchior, sein Welt (Walter Schwapp); Wolf ihr Sohn (Adolf Wind); Haubauer, ein armer Häusler (Ant. Ester); Kater, seine Tochter (Agnes del Sario); Der Wirt vom "Bauernhof" (Adolf Scheler); Katharina, sein Welt (Paula Möhlau); Erhard, Schneider, Bauern (Herrn. Gopp, Heinz Möllau); Der alte Pastor (Gust. Colmar); Nagl, Sepp, Herib. Zoni, Bauernbüchsen (Dr. Meissel, W. Schelle, Hub. Bloch, R. Meynwald); Regeli, Ute, Mont., Bauernmädchen (Hanna Weidner, Josefa Wiegand, Alice Hörl).

Bauern, Bauerninnen, Bauern, Wäboden.
Bildnisse von Georg Siebig.

Glänzende Preise. Einlaß 7 Uhr. Umfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Dienstag den 26. November: Szenische Vorstellung, zugleich Nichtrechts-Vorstellung für die 1. Kl. Hoch- und Hörführungsschule: **Gauß**, umfang 6 Uhr. Einlaß Preise.

Mittwoch, den 27. November: Szenische Vorstellung, zugleich Nichtrechts-Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (gelten: Westen 26.11.-Schluß): **Abenteuer und Liebe**, umfang 7 1/2 Uhr. Einlaß Preise.

Neues Operetten-Theater.

Uferstraße (Nachdruck verboten.) **Bernard 2494.**
Montag, den 23. November: Vorstellung für den Döppliger Männerchor und alle anderen Haushaltsvereine. Die spätsame Nachtmagazin, umfang 7 1/2 Uhr.

Dienstag, den 24. November: Der Algeunerbaron, umfang 7 1/2 Uhr. Einlaß Preise.

Mittwoch, den 25. November: Die lustigen Abteilungen, umfang 7 1/2 Uhr. Einlaß Preise.

7.11.1921: **Allgemein-Arbeiter-Bildungs-Institut**

Schauspiel, Serie B, Bezirk Osten Nr. 25501 bis 26.950. 33. Vorstellung, Altes Theater, Montag, den 23. November, abends 7 1/2 Uhr; **Doppelbelichtmord** von Angenroder. Einzelplatz 8.00 M., 3. Rang 2.00 M.

Schauspiel, Serie B, Bezirk Westen Nr. 6001 bis Schl. 34. Vorstellung, Altes Theater, Mittwoch, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr: **Kabare und Liebe von Schiller**. Einzelplatz 8.00 M., 3. Rang 2.00 M.

Schauspiel, Serie B, Bezirk Zentrum-Süden Nr. 54051 bis Schl. 35. Vorstellung, Altes Theater, Sonntag, den 4. Dezember, nachm. 11.30 Uhr: **Baumeister Soloch** (nicht Dobriga) von Ibsen. Einzelplatz 5.50 M., 3. Rang 2.00 M.

Schauspiel, Serie B, Bezirk Osten Nr. 26951 bis Schl. 36. Vorstellung, Altes Theater, Montag, den 5. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: **Doppelbelichtmord** von Angenroder. Einzelplatz 8.00 M., 3. Rang 2.00 M.

Oper, Serie A, Bezirk Osten Nr. 40001 bis Schl. 8. Donnerstag, den 8. Dezember, abends 7 Uhr: **Florents Hochzeit von Mozart**. Einzelplatz 16.00 M., 3. Rang Mitte 6.00 M., 3. Rang Seite 8.85 M.

Schauspiel, Serie B, Bezirk Westen Nr. 1 bis 1500. 37. Vorstellung, Altes Theater, Freitag, den 9. Dezember, abends 6 Uhr: **Faust I**, Teil von Goethe. Einzelplatz 8.00 M., 3. Rang 2.00 M.

Karten sind gegen Vorzeigung der Unrechtskarten in den bekannten Verkaufsstellen zu haben. Die aufgerufenen Unrechte müssen ihre Eintrittskarten spätestens 3 Tage vor der Vorstellung entnommen haben, sonst erhält der Aufdruck:

Für die Anrechtskarten-Inhaber sind in allen Postzeitungsfilialen **Vorzugskarten für den Zoologischen Garten** zu haben.

Gärtner des Berchtesgadener Bauerntheaters: Für alle Besitzer: Montag, den 28. November, im Volkshaus, Zeitzer Str. **Der Steinbeisbauer**.

Für alle Besitzer: Dienstag, den 29. November, im Volkshaus, Zeitzer Str. **Der ledige Hof**.

Bezirk Norden: Mittwoch, den 30. November, im Schloss Drachenfels, Gohls: **Die Kreuzelschreiber**.

Beginn jeder Vorstellung abends 8 Uhr. Karten zu 3.60 M., für alle Unrechte der Serien A, B oder C und zu 4.80 M. für Richtanrechte sind ebenfalls in den befannen Verkaufsstellen zu haben.

Hans-Sachs-Abende finden noch statt: Mittwoch, den 30. Nov., im Osten, Drei Mohren, Freitag, den 2. Dezember, im Moskau, Alter Rathof. Sonnabend, den 3. Dezember, in Stünz, Rathof. Sonntag, den 4. Dez., in Schleiden, Bahnhofstheater. Sonnabend, den 10. Dez., in Lindenau, Palmengarten. Sonntag, d. 11. Dez., in Altmarsdorf, Sandbag. Sonnabend, d. 17. Dez., Liebertwolkwitz, Gambrinus.

Was Kleiner Märchen-Wochen finden leben Wochen- tag, Nachmittag (außer Sonnabends) 14 Uhr im Handelshofstatt. Sonntags 2, 5 und 8 Uhr.

Drei Linden

Nur noch einige Tage!

Der

Riesen-Varieté-Spielplan

12 Welt-Attraktionen!

Ab 1. Dezember: — Ab 1. Dezember:

Der neue Varieté-Spielplan!

Namen wie:

Golemans Hunde

Zwei Roselios

Morello

ausserdem die einzige autorisierte Filmavanturie des größten Boxkampfes um die Weltmeisterschaft

Dempsey-Carpentier

und die weiteren Varieté-Sensationen.

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Tel. 48543), Th. Althoff, Petersstr., Konsumv., K.-Heine-Str.

Lindenfels

Karl-Heine-Straße 50
Telephon Nr. 18195-96

Vorführung: 4 Uhr
(Einlaß 1/4), 6.20, 8.40 Uhr

Die rote Nacht

Sensationsbild in 6 Akten
Hauptrolle: **Mia Pankau**

Ja, da muß was in der Leitung sein

Lustspiel in 3 Akten mit
Hasfi Dege, Gerhard Dammann
Dazu ein Lustspiel mit **Leo Peukert**.

Leipziger Schauspielhaus.

Dienstag, 27.11. **Heute** **Der Schuh** **7 Uhr**
Montag, den 28. November 1921, abends 7 1/2 Uhr **Wohlgemach**

Eine Phantasie in 4 Akten von Alexander Zinn.
Im Szeno giebt von Georg Siebig.

Personen: Der Präsident (Otto Möller); Der Wintertyp (Arthur Hölzer-Strelitz); Wohlgemach (Otto Werber); Der Abteilungsleiter (Ad. Braunstein). Diese (Karl Seiler); Weinhof (Walter Neuschäfer); Ein Arzt (Aurel Paulus); Allegator der Große (Otto Stoedt); Ruth, eine Weinhof (Milde Harten); Die Komödiantin (Gina Tschirn); Ein handelskundiger Mann (Rost, Badmann).

Einlaß 7 Uhr. Umfang 7 1/2 Uhr. Ende nach dem 2. Akt.

Dienstag, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr: **Die Hochzeit des Schauspielers**.

Wittwe, von 8. November nachm. 2 Uhr: Vorstellung für die Fortbildungsschule im Osten. Haupt, abends 7 1/2 Uhr: **Heiligen**.

Bestellte Eintrittskarten müssen 20 Minuten vor Beginn der Vorstellung abgeholt sein; andernfalls wird darüber verfügt.

Die Zugestellte ist gebilligt vorzeitig von 10-7 Uhr. Sonnabend von 11-3 Uhr.

Montag, den 30. November, abends 7 1/2 Uhr: **Die Hochzeit des Schauspielers**.

Wittwe, von 8. November nachm. 2 Uhr: **Die Hochzeit des Schauspielers**.

Die Mitglieder der Theatergenossenschaft Schauspielhaus erhalten gegen Vorzugskarte ihres Kinos in Dresden Vermöhlung.

Leipziger Puppenspiele Pfaffendorfer Str. 4 **Am Alten Theater**.

Ab Dienstag, 29. November, täglich:

5 Uhr: **Der kleine Däumling**. Märchen.

8 Uhr: **Der Trompeter von Säckingen**.

Mittwochs 3 Vorstellungen: 1/2, 5 und 8 Uhr.

Krystall-Palast

Theater

■ Täglich abends 1/2 Uhr ■

Das grosse, erstklassige Varieté-Programm

Battenberg

Varieté. Anfang 8 Uhr

Sylvester Schäffer

(Persönliches Aufreten)

Folgt den zweiten Teil des Programms allein aus.

Morgen Dienstag

Abschieds- u. Ehrenabend für Sylvester Schäffer

Im ersten Teile des Programms.

5 erstklassige Varieté-Nummern.

Battenberg-Theater. Anfang 8 Uhr

„Der Selbstmörderklub“

Sensationskomödie in 4 Aufzügen von A. Steinmann.

Morgen: „Der Selbstmörderklub.“

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 und Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstraße 8.

Apollo-Variété

direkt am Bayrischen Bahnhof.

Täglich abends 1/2 Uhr

Der grosse Varieté-Erfolg!

12 Welt-Attraktionen 12

Die Tagespresse schreibt: „Alles in allem ein Programm, das täglich ausverkaute Häuser verdient.“

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Teleph. 11111) Warenhaus Th. Althoff, Petersstraße

Drei Mohren

Inhaber: Br. Pilat.

heute ab 7 Uhr im prächtig dekoriert. Ballaal großer

Biedermeierfest

Ein heiterer Ballabend vor hundert Jahren.

Neu! 8 Uhr: Mimische Tanzstücke der grazien Gei-

schwister Vergaßt. Mohrendiele. Der flotte Bettel.

Bratinal-Jazz-Band: Stimmung! Bettred!

Gosenschlößchen

1. -Eintrittsach. Straße 16 Tel. 13277

Heute Montag

Großer Damen-Ball

Tanz frei!

<h1